

**bmask**BUNDESMINISTERIUM FÜR  
ARBEIT, SOZIALES UND  
KONSUMENTENSCHUTZ

XXIV. GP.-NR.  
12714 AB  
04. Jan. 2013

zu 12979/J  
(5-fach)

Frau  
Präsidentin des Nationalrates  
Parlament  
1010 Wien

**RUDOLF HUNDSTORFER**  
**Bundesminister**

Stubenring 1, 1010 Wien  
Tel.: +43 1 711 00 - 0  
Fax: +43 1 711 00 - 2156  
rudolf.hundstorfer@bmask.gv.at  
www.bmask.gv.at  
DVR: 001 7001

**GZ: BMASK-10001/0373-I/A/4/2012**

Wien, 18. DEZ. 2012

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Ich beantworte die an mich gerichtete schriftliche parlamentarische **Anfrage Nr. 12979/J der Abgeordneten Kickl, Ing. Hofer und weiterer Abgeordneter** wie folgt:

Einleitend muss ich darauf hinweisen, dass - da Angelegenheiten der Bedarfsoorientierten Mindestsicherung (BMS) in den ausschließlichen Wirkungsbereich der Länder fallen - die Datenhoheit ebenfalls bei den Ländern liegt. Die Länder sind nicht verpflichtet, dem Bund Daten öfter als einmal im Jahr oder andere Daten, als sie in der Art. 15a B-VG Vereinbarung des Bundes und der Länder über eine bundesweite Bedarfsoorientierte Mindestsicherung (im Folgenden: Vereinbarung) festgelegt wurden, zu übermitteln.

#### **Fragen 1 bis 5:**

Die Vereinbarung enthält keinen vorgegebenen Zeitrahmen, bis zu dem die Länder ihre Mindestsicherungsgesetze erlassen mussten.

Die Mindestsicherungsgesetze der Länder sind daher zu unterschiedlichen Zeitpunkten in Kraft getreten. Während in drei Ländern (Wien, Niederösterreich und Salzburg) die Gesetze mit 1. September 2010 in Kraft getreten sind, wurden Teilbereiche der Gesetze anderer Länder mit 1. September 2010 rückwirkend erlassen. Zwei Länder (Steiermark und Oberösterreich) haben ihre Rechtsgrundlagen im Laufe des Jahres 2011 verabschiedet.

Daraus ergibt sich, dass im Jahr 2010 noch zum überwiegenden Teil des Jahres das alte Sozialhilferegime in den Ländern gegolten hat. Aus diesem Grund liegt für das Jahr 2010 keine BMS-Statistik analog der Anlage der Vereinbarung vor.

Allerdings wurde von Statistik Austria im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz – wie in den Jahren zuvor – eine Sozial(hilfe)-statistik der Länder für das Jahr 2010 erstellt.

Die Ergebnisse sind in der Beilage angeschlossen. Die Sozial(hilfe)statistik der Länder wurde auf der Homepage der Statistik Austria veröffentlicht.

### **Fragen 6 bis 10:**

Für das Jahr 2011 liegt die erste BMS-Statistik vor, die auf Basis der Anlage Statistik der Vereinbarung nach verbindlichen Vorgaben insbesondere im Zusammenhang mit der Zählweise erstellt wurde.

Die Ergebnisse sind der Beilage zu entnehmen. Veröffentlicht ist diese Statistik auf der Homepage des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz.

### **Fragen 11 und 12:**

Die vorliegenden Statistiken sind Jahresstatistiken. Da die Länder aufgrund der Vereinbarung zur Übermittlung von Monatsstatistiken nicht verpflichtet sind, liegen dem Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz keine Daten für den Oktober 2012 vor.

In der neuen BMS-Statistik werden lediglich Personen mit laufenden Geldleistungen erhoben, nicht jedoch solche mit Einmalleistungen. Auch kann die Anzahl an Kindern und Jugendlichen unter 19 Jahren nur für das Jahr 2011 dargestellt werden. Der Grund liegt darin, dass die Kategorie „Mitunterstützte mit Familienbeihilfe“ in der alten Sozial(hilfe)statistik auch Erwachsene mit Familienbeihilfe enthält.

Während es zu Zeiten der Sozialhilfe kein Reglement im Zusammenhang mit der Erstellung der Statistik gab, wurde erstmalig in der Vereinbarung festgelegt, welche Daten zu erheben sind und nach welchen Kriterien. Da einige Länder aufgrund der Vorgaben ihre Zählweise gravierend umstellen mussten, sind die beiden Jahresstatistiken nur bedingt miteinander vergleichbar.

<b>Bundesland</b>	<b>2010</b>		<b>2011</b>	
	<b>BezieherInnen/Häushalte/Fälle</b>	<b>BezieherInnen</b>	<b>davon &lt; 19-J.</b>	
Wien	106.675	111.721	25.972	
Vorarlberg	10.421	8.174	3.018	
Tirol	11.514	12.280	2.980	

Burgenland	989	2.514	685
Steiermark	13.384	15.384	5.985
Salzburg	11.057	11.214	3.332
Kärnten	1.587	4.394	840
Oberösterreich	7.441	11.043	4.087
Niederösterreich	14.000	16.552	4.517

### **Fragen 13 bis 15, 18 bis 22 und 24 bis 26:**

Dazu liegen dem Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz keine Daten vor, da die Anlage zur Vereinbarung weder eine Kategorie zur Staatsbürgerschaft der BezieherInnen noch eine betreffend Zusatzleistungen enthält. Aus diesem Grund kann auch nicht angegeben werden, wie hoch die Mittel sind, die an österreichische StaatsbürgerInnen ausgezahlt wurden.

### **Fragen 16 und 17:**

Im Zusammenhang mit der Frage nach der Prüfung der Einkommens- und Vermögensverhältnisse bei nichtösterreichischen StaatsbürgerInnen darf ich zuständigkeitsshalber auf die Beantwortungen der SoziallandesräteInnen von diesbezüglichen Anfragen von Landtagsabgeordneten verweisen.

### **Frage 23:**

In jedem Mindestsicherungsgesetz ist zusätzlich zum laufenden Geldbezug bei Personen, die nicht krankenversichert sind, eine Hilfe bei Krankheit mit Rechtsanspruch vorgesehen. Vereinzelt gibt es in den Ländern Sonderzahlungen für Kinder. In Wien erhalten mindestens ein Jahr erwerbsunfähige Personen sowie Personen im Regel-pensionsalter eine Sonderzahlung.

Gemäß Art. 12 (Zusatzleistungen) der Vereinbarung können die Länder für Sonderbedarfe, die durch die pauschalierten Leistungen (Mindeststandard und Wohnbedarf) nicht gedeckt sind, zusätzliche Geld- oder Sachleistungen zumindest auf Grundlage des Privatrechts vorsehen. Die Gewährung von einmaligen Aushilfen geht in der Regel in die Richtung, dass Miet- und Energiekostenrückstände, Kosten für eine Säuglingsausstattung, Reparaturen oder die Anschaffung von Haushaltsgeräten übernommen werden.

### **Frage 27:**

Die Zusammenarbeit mit dem Arbeitsmarktservice ist stark ausgeprägt. Dazu hat insbesondere der erstmalig mit der BMS geschaffene Datenaustausch zur Kontrolle der Arbeitswilligkeit beigetragen. Darüber hinaus gibt es auf regionaler Ebene unter-

schiedliche Kooperationsmuster zwischen den Mindestsicherungsträgern und dem Arbeitsmarktservice, die von regelmäßigen institutionsübergreifenden Treffen bis hin zu Hospitationen reichen.

Da die BMS Landessache ist, hat das Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz keinen Einblick in die einzelnen Verfahrensschritte. Bekannt ist, dass die Länder regelmäßig Einsicht nehmen in Daten des Hauptverbandes, des Melderegisters und des Grundbuchs sowie Anfragen an die Gewerbebehörde oder das Verkehrsamt stellen.

### **Frage 28:**

Zu dieser Frage liegen dem Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz die nachstehenden Daten vor:

#### **Beim Arbeitsmarktservice vorgemerkt BezieherInnen der Bedarfsorientierten Mindestsicherung\***

**alle vorgemerkt BMS-BezieherInnen**  
(arbeitslos, in Schulung, lehrstellensuchend etc.)

	2010/Dec	2011/Dec	2012/Oct
Bgld	0	528	621
Ktn	2	522	497
NÖ	2.265	3.287	3.267
OÖ	4	926	1.937
Sbg	2	943	797
Stmk	3	2.623	2.514
Tirol	2	685	742
Vbg	1	574	447
Wien	16.235	22.259	23.148
Andere	0	0	0
<b>Österreich</b>	<b>18.514</b>	<b>32.347</b>	<b>33.970</b>

#### **arbeitslos vorgemerkt BMS-BezieherInnen**

	2010/Dec	2011/Dec	2012/Oct
Bgld	0	464	447
Ktn	2	459	406
NÖ	2.015	2.892	2.535
OÖ	3	750	1.332
Sbg	1	714	557
Stmk	2	2.112	1.871
Tirol	2	585	637
Vbg	1	426	286
Wien	13.022	17.475	16.212
Andere	0	0	0
<b>Österreich</b>	<b>15.048</b>	<b>25.877</b>	<b>24.283</b>

\*Auf Grund länderweise unterschiedlicher Einführungspunkte sind  
Vergleiche der Bundesländer nur bedingt aussagekräftig

**Frage 29:**
**Arbeitsaufnahmen von BezieherInnen der Bedarfsorientierten Mindestsicherung  
nach Verweildauer (seit Beginn der Einführung\*)**

		bis 31. Dezember 2010	bis 31. Dezember 2011	bis 31. Oktober 2012
<b>Bgl</b>	0 bis 90 Tage	0	140	338
	91 bis 180 Tage	0	50	153
	181 bis 365 Tage	0	28	64
	mehr als 365 Tage	0	5	7
	<b>alle Arbeitsaufnahmen</b>	0	223	562
<b>Ktn</b>	0 bis 90 Tage	0	243	550
	91 bis 180 Tage	0	98	250
	181 bis 365 Tage	0	63	171
	mehr als 365 Tage	0	16	34
	<b>alle Arbeitsaufnahmen</b>	0	420	1.005
<b>NÖ</b>	0 bis 90 Tage	128	1.113	2.002
	91 bis 180 Tage	43	535	1.057
	181 bis 365 Tage	29	302	560
	mehr als 365 Tage	10	54	125
	<b>alle Arbeitsaufnahmen</b>	210	2.004	3.744
<b>ÖÖ</b>	0 bis 90 Tage	1	52	1.099
	91 bis 180 Tage	0	11	470
	181 bis 365 Tage	1	3	162
	mehr als 365 Tage	0	0	8
	<b>alle Arbeitsaufnahmen</b>	2	66	1.739
<b>Sbg</b>	0 bis 90 Tage	0	819	1.487
	91 bis 180 Tage	0	273	536
	181 bis 365 Tage	0	94	190
	mehr als 365 Tage	0	18	31
	<b>alle Arbeitsaufnahmen</b>	0	1.204	2.244
<b>Stmk</b>	0 bis 90 Tage	1	593	1.336
	91 bis 180 Tage	1	232	571
	181 bis 365 Tage	1	108	328
	mehr als 365 Tage	0	19	82
	<b>alle Arbeitsaufnahmen</b>	3	952	2.317
<b>Tirol</b>	0 bis 90 Tage	0	414	691
	91 bis 180 Tage	1	165	290
	181 bis 365 Tage	1	98	193
	mehr als 365 Tage	0	28	56
	<b>alle Arbeitsaufnahmen</b>	2	705	1.230
<b>Vbg</b>	0 bis 90 Tage	1	296	581
	91 bis 180 Tage	0	70	183
	181 bis 365 Tage	0	40	78
	mehr als 365 Tage	0	0	5
	<b>alle Arbeitsaufnahmen</b>	1	406	847
<b>Wien</b>	0 bis 90 Tage	1.533	7.463	14.478
	91 bis 180 Tage	486	2.650	4.898
	181 bis 365 Tage	180	982	1.690
	mehr als 365 Tage	17	73	99
	<b>alle Arbeitsaufnahmen</b>	2.216	11.168	21.165
<b>Österreich</b>	0 bis 90 Tage	1.664	11.133	22.562
	91 bis 180 Tage	531	4.084	8.408
	181 bis 365 Tage	212	1.718	3.436
	mehr als 365 Tage	27	213	447
	<b>alle Arbeitsaufnahmen</b>	2.434	17.148	34.853

\*Auf Grund länderweise unterschiedlicher Einführungszeitpunkte sind Vergleiche der Bundesländer nur bedingt aussagekräftig

### Fragen 30 und 31:

Arbeitsfähige erwerbslose BMS-EmpfängerInnen, auf die kein Ausnahmetatbestand vom Einsatz der Arbeitskraft zutrifft, müssen sich beim Arbeitsmarktservice als arbeitsuchend vormerken lassen.

Dabei gelten für beim Arbeitsmarktservice vorgemerke BezieherInnen der Bedarfsorientierten Mindestsicherung die gleichen Regelungen wie für alle anderen arbeitslos vorgemerkt Personen. Arbeitslose Personen müssen sich jedenfalls für eine Beschäftigung im Ausmaß von mindestens 20 Stunden pro Woche bereithalten. Ausnahmen bestehen für Personen mit Betreuungsverpflichtungen für Kinder bis zum vollendeten zehnten Lebensjahr oder behinderte Kinder, für die nachweislich keine längere Betreuungsmöglichkeit besteht; diese Personen erfüllen die Voraussetzung auch dann, wenn sie sich für ein Arbeitsverhältnis mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von mindestens 16 Stunden bereithalten.

Bei mangelnder Arbeitswilligkeit gebührt für die Dauer der Arbeitsunwilligkeit kein Arbeitslosengeld bzw. keine Notstandshilfe. Bei einer Weigerung bzw. Vereitelung einer vom Arbeitsmarktservice zugewiesenen, zumutbaren Beschäftigung bedeutet das den Verlust des Arbeitslosengeldes bzw. der Notstandshilfe für die Dauer von sechs Wochen; bei einer neuerlichen Weigerung für die Dauer von acht Wochen. Dies gilt auch bei Verweigerung einer Nach - bzw. Umschulung, Verweigerung der Teilnahme an einer Maßnahme zur Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt bzw. bei nicht ausreichender Eigeninitiative zur Erlangung einer neuen Beschäftigung.

Im Falle einer selbstverschuldeten Arbeitslosigkeit kann das Arbeitslosengeld bzw. die Notstandshilfe für vier Wochen (der Beginn des Bezuges verschiebt sich um diese vier Wochen) gesperrt werden. Weiters besteht kein Anspruch auf Arbeitslosengeld bzw. Notstandshilfe bei Nichteinhaltung einer vorgeschriebenen Kontrollmeldung ohne triftigen Grund bis zur Wiedermeldung der Person.

Wie bereits erwähnt, wurde anlässlich der Einführung der BMS eine Datenschnittstelle zwischen den Landesbehörden und dem Arbeitsmarktservice geschaffen. Diese Datenschnittstelle erleichtert den Ländern die Prüfung der Arbeitswilligkeit, da sie tagesaktuell auf die jeweiligen Informationen zu den vorgemerkt BMS-EmpfängerInnen zugreifen können.

Seit Einführung der Bedarfsorientierten Mindestsicherung wurden vom Arbeitsmarktservice knapp 23.000 Sperrmeldungen abgegeben. Diese Meldungen sind, getrennt nach dem jeweiligen Grund der Sanktion (mangelnde Arbeitswilligkeit, selbstverschuldeten Arbeitslosigkeit, Nichteinhaltung der Kontrollmeldung etc.), von der für die Bedarfsorientierte Mindestsicherung zuständigen Sozialbehörde laufend und ak-

tuell abrufbar. Darüber hinaus werden die diesbezüglichen Informationen zusätzlich einmal pro Monat an die Sozialbehörden übermittelt.

**Fragen 32 und 33:**

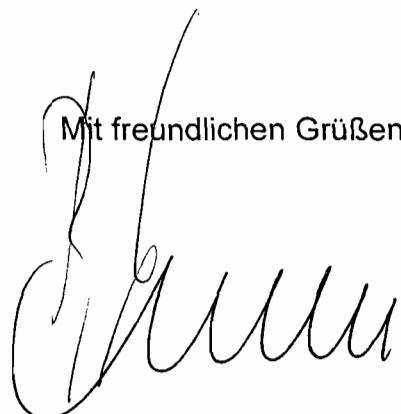
Liegt mangelnde Arbeitsbereitschaft vor, haben die Länder die Möglichkeit, die BMS-Leistung stufenweise um bis zu 50% zu reduzieren. Bei beharrlicher Arbeitsverweigerung kann die Kürzung noch weiter gehen. Daten, in wie vielen Fällen die Länder die Leistung infolge fehlender Arbeitsbereitschaft gekürzt haben, liegen dem Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz nicht vor.

**Fragen 34 und 35:**

Zu diesen Fragen liegen dem Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz keine Daten vor.

**2 Beilagen**

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Ulrich".

**BEILAGEN**

## Sozial(hilfe)leistungen der Bundesländer 2010

### Zusammenfassung:

Der Bericht informiert über Ausgaben, Einnahmen und BezieherInnen der wichtigsten Sozialleistungen der Bundesländer (Sozialhilfe, Behindertenhilfe und Pflegegeld) im Jahr 2010 und führt Vergleichswerte für das vorangegangene Berichtsjahr an. Die im Hinblick auf Vollständigkeit, Genauigkeit und Vergleichbarkeit teilweise mangelhaften Daten zur Sozial- und Behindertenhilfe wurden von den Bundesländern übermittelt, jene zum Pflegegeld sind dem vom Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz herausgegebenen Pflegevorsorgebericht entnommen.

Die Bundesländer meldeten für 2010 insgesamt 177.068 allein-, haupt- und mitunterstützte Personen in der offenen Sozialhilfe; das waren um 3.251 Unterstützte (+1,9%) mehr als 2009. Die Zahl der SozialhilfebezieherInnen in Wien stieg von 100.031 (2009) auf 106.675 Personen (2010). In Altenwohn- und Pflegeheimen wurden österreichweit 76.104 von der Sozialhilfe unterstützt (2009: 73.792).

Insgesamt lagen die Ausgaben der Bundesländer für Leistungen der Sozialhilfe (Allgemeine Sozialhilfe, Altenwohn- und Pflegeheime, Soziale Dienste, Flüchtlinge, sonstige Maßnahmen und Einrichtungen Maßnahmen) bei 3,39 Mrd. € (2009: 3,21 Mrd. €).

70.632 Personen (+2.562) bezogen Ende 2010 ein Pflegegeld auf Basis der Landespflegegeldgesetze; die Ausgaben dafür betrugen 374,1 Mio. € (2009: 361,7 Mio. €).

Einschließlich der Behindertenhilfe (1,33 Mrd. €) beliefen sich die Sozialausgaben der Länder insgesamt auf 5,09 Mrd. € (7,4% an den Gesamtausgaben für die wichtigsten sozialen Sicherungssysteme in Österreich). 1,25 Mrd. € flossen als Einnahmen vor allem aus Kostenersätzen und -beiträgen der LeistungsbezieherInnen in die Länderbudgets zurück.

## Einleitung

Die Statistik über die Sozialhilfe und die Behindertenhilfe beruht auf den von den Bundesländern (Ämter der Landesregierungen, Fonds Soziales Wien) an die STATISTIK AUSTRIA übermittelten Jahresmeldungen; die Daten zum Pflegegeld sind dem vom Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz herausgegebenen Pflegevorsorgebericht<sup>1</sup> entnommen. Im Unterschied zur Pflegegeldstatistik - hier stellen einheitliche Anspruchs- und Leistungsregelungen sowie eine institutionalisierte Bund-Länder-Kooperation<sup>2</sup> günstige Voraussetzungen für die Datengewinnung dar - weist die Sozial- und Behindertenhilfestatistik eine Reihe von Qualitätsmängeln auf, was die Vollständigkeit, Genauigkeit und Vergleichbarkeit der erfassten Daten betrifft. Darüber hinaus ist die Aussagekraft auch dadurch beeinträchtigt, dass Daten über den sozioökonomischen, demographischen und familiären Hintergrund der LeistungsbezieherInnen, zu den Gründen ihrer Bedürftigkeit oder zur Dauer ihres Leistungsbezugs nicht erhoben werden. Damit die Sozial- und Behindertenhilfestatistik zu einem aussagekräftigeren Bestandteil der Sozial- und Armutsberichterstattung auf Bundesebene werden kann, bedarf sie einer am Ziel der nachhaltigen Qualitätsverbesserung orientierten, substanzIELLEN Reform. Bis es dazu kommt<sup>3</sup>, wird alljährlich unter den gegebenen Rahmenbedingungen versucht, durch Ex-post-Qualitätskontrollen und Nacherhebungen sowie zusätzliche Recherchen den Informationsgehalt der veröffentlichten statistischen Daten zu verbessern.

Der vorliegende Bericht informiert über die Ausgaben und Einnahmen sowie über die LeistungsbezieherInnen im Jahr 2010 und führt zudem Vergleichswerte für das vorangegangene Berichtsjahr an (ergänzend dazu sind im Anhang die Tabellen mit im Vorjahr noch nicht verfügbar gewesenen bzw. revidierten Daten für 2009<sup>4</sup> aufgenommen worden).

## Sozialhilfe

Die Sozialhilfe hat die Aufgabe, hilfsbedürftigen Menschen die Führung eines menschenwürdigen Lebens zu ermöglichen. Hilfsbedürftigkeit liegt vor, wenn der notwendige Lebensbedarf bzw. Le-

<sup>1</sup> Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (Hg.). Österreichischer Pflegevorsorgebericht 2010, Wien.

<sup>2</sup> Der aufgrund der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über gemeinsame Maßnahmen des Bundes und der Länder für pflegebedürftige Personen (BGBl. Nr. 866/1993) eingerichtete Arbeitskreis für Pflegevorsorge hat jährlich einen gemeinsamen Bericht über die Pflegevorsorge zu erstellen. Allerdings ist auch diese Berichterstattung, soweit sie über die Geldleistungen hinaus den Bereich der Sachleistungen (ambulante, teilstationäre und stationäre soziale Dienste) zu erfassen versucht, mit einer Reihe von Problemen bei der Datenermittlung konfrontiert, sodass die Vergleichbarkeit zwischen den Ländern ebenfalls beeinträchtigt ist.

<sup>3</sup> Mit der Umsetzung der Bedarfsorientierten Mindestsicherung ist eine Weiterentwicklung eines Teils der Sozialhilfestatistik (Mindestsicherungsleistungen zum Lebensunterhalt und Krankenhilfe) in Aussicht gestellt.

<sup>4</sup> Die Datenergänzung bzw. -revision betrifft Wien mit Personenangaben zur Sozialhilfe (Tabellen 2 und 3) bzw. Ausgaben zu den Sachleistungen in der Sozial- und Behindertenhilfe (Tabellen 4 und 5).

bensunterhalt weder durch den Einsatz der eigenen Kräfte und Mittel oder durch familiäre Unterhaltsleistungen noch aufgrund eines sozialversicherungsrechtlichen oder sonstigen vorrangigen Leistungsanspruchs gesichert werden kann. Neben der Subsidiarität sind die Individualität und die Hilfe zur Selbsthilfe zentrale Grundsätze für die Gewährung von Sozialhilfeleistungen. Von den wichtigsten Grundprinzipien abgesehen, weist die in neun Landesgesetzen geregelte Sozialhilfe zum Teil erhebliche Unterschiede in den Anspruchsvoraussetzungen, im Leistungsbereich sowie in den Organisations- und Finanzierungsstrukturen auf. Die Sozialhilfe umfasst Geld-, Sach- oder Dienstleistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts, für den Fall der Krankheit, der Pflegebedürftigkeit, zur Unterstützung der Familie/des Haushalts, als Hilfestellung zur Erziehung und Erwerbsbefähigung, zur Schaffung einer wirtschaftlichen Lebensgrundlage, zur Beseitigung außergewöhnlicher Notstände und zuletzt auch in Form der Übernahme der Kosten einer (einfachen) Bestattung. Auf die Hilfe zum Lebensunterhalt, die Krankenhilfe, die Hilfe zur Pflege, die Hilfe zur Erziehung und Erwerbsbefähigung sowie die Übernahme der Kosten einer Bestattung besteht in der Regel ein Rechtsanspruch. Die Sozialhilfe wird Personen in Privathaushalten bzw. außerhalb von Einrichtungen („offene“ Sozialhilfe) sowie in Anstalten oder Heimen („geschlossene“ bzw. „stationäre“ Sozialhilfe) gewährt.

Infolge der Umsetzung der „Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art. 15a B-VG über eine bundesweite Bedarfsorientierte Mindestsicherung“<sup>5</sup> ist es durch die Einführung von Mindestsicherungsgesetzen, welche die Sozialhilfegesetze teilweise oder gänzlich ersetzen, mittlerweile zu einer weiteren Ausdifferenzierung auf landesgesetzlicher Ebene gekommen. Die ersten Mindestsicherungsgesetze (Burgenland, Niederösterreich, Salzburg, Wien) wurden Anfang September 2010 in Kraft gesetzt, das letzte (Oberösterreich) gilt seit Anfang Oktober 2011. Im Hinblick auf die Datenbereitstellung für die Sozialhilfestatistik des Jahres 2010 ist zu erwähnen, dass Niederösterreich aufgrund dieser Umstellung nur mehr geschätzte Gesamtjahresdaten für die Zahl der LeistungsbezieherInnen in der offenen Sozialhilfe zur Verfügung stellen konnte.

### Richtsätze

Die **monatlichen Geldleistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes** außerhalb von Anstalten und Heimen werden - vergleichbar den Ausgleichszulagenrichtsätzen in der Pensionsversicherung - auf der Basis von **Richtsätzen** bemessen. Dabei wird zwischen dem (höheren) Richtsatz für Alleinstehende (Alleinunterstützte) und den (niedrigeren) Richtsätzen für Haushaltvorstände (Hauptunterstützte) und Haushaltsangehörige (Mitunterstützte) unterschieden.<sup>6</sup> Den niedrigeren

<sup>5</sup> BGBI. I Nr. 96/2010.

<sup>6</sup> Wien weicht mit seiner gegen Jahresende 2006 eingeführten neuen Richtsatzregelung von dieser traditionellen Einteilung ab: Hier gibt es seither Richtsätze für Alleinunterstützte und Alleinerziehende mit unterhaltsberechtigten Angehörigen im gemeinsamen Haushalt, für in Haushaltsgemeinschaft lebende Ehegatten oder Lebensgefährten und für unterhaltsberechtigte Angehörige mit Anspruch auf Familienbeihilfe. Die seit 1.7.2007 geltende Regelung in Kärnten ersetzt den Richtsatzbegriff durch jenen des Mindeststandards. Von diesem Ausgangsbetrag, der für Personen, die nicht in Haushaltsgemeinschaft leben (Al-

Richtsätze für Haushaltsgemeinschaften (Hauptunterstützte und Mitunterstützte) liegt die Annahme einer nicht-linearen Beziehung zwischen der Zahl der Personen und den finanziellen Erfordernissen zugrunde.

*Tabelle 1* weist die Sozialhilferichtsätze mit Stand vom 1.1.2010 aus. Diese lassen - wie in den Vorjahren - zum Teil erhebliche Unterschiede zwischen den Bundesländern erkennen. Jeweils gemessen am normalen Richtsatz, betrug die **Differenz** zwischen dem höchstem und dem niedrigsten bei den Alleinunterstützten 116,50 €<sup>7</sup> und bei den Hauptunterstützten sogar 164,70 €<sup>8</sup> - in beiden Fällen ein leichter Anstieg gegenüber dem Vorjahr.<sup>9</sup> Bei den Richtsätzen für die Mitunterstützten sind die Niveauunterschiede teilweise weniger stark ausgeprägt, 2010 betrug die Differenz zwischen höchstem und niedrigstem Richtsatz bei den Mitunterstützten ohne Anspruch auf Familienbeihilfe 118,40 €<sup>10</sup>, bei den Mitunterstützten mit Anspruch auf Familienbeihilfe 65,40 €<sup>11</sup>, womit der Unterschied in beiden Fällen etwas abgenommen hat<sup>12</sup>. Ein systematischer Vergleich der Richtsatzhöhen zwischen den Bundesländern müsste berücksichtigen, dass Unterschiede dahingehend bestehen, welche Bedarfslagen im Einzelnen durch diese Richtsätze abgedeckt werden.<sup>13</sup>

Anfang September 2010 sind in den ersten Bundesländern an die Stelle der Richtsätze **Mindeststandards** für die monatlichen Geldleistungen zur Deckung des Lebensunterhaltes und des angemessenen Wohnbedarfes<sup>14</sup> getreten. Ausgangswert ist der für alleinstehende AusgleichszulagenbezieherInnen monatlich vorgesehene Betrag abzüglich des davon einzubehaltenden Beitrages zur Krankenversicherung. Dieser für Alleinstehende und AlleinerzieherInnen geltende Betrag lag 2010 bei 744,01 €. Die Mindeststandards für alle anderen Personen sind mit Prozentsätzen dieses Ausgangswertes festgelegt: z.B. 75% (2010: 558,01 €) für volljährige Personen, die mit anderen volljährigen Personen im gemeinsamen Haushalt leben (z.B. EhegattInnen), oder 50% (2010: 372,01 €) ab der dritten leistungsberechtigten volljährigen Person, wenn diese gegenüber

leinstehende), festgelegt wird, werden anteilmäßig die Beträge für die anderen Personengruppen bemessen. Der Mindeststandard für Alleinstehende gilt auch für Alleinerziehende (mit mindestens einem im gemeinsamen Haushalt lebenden Kind).

<sup>7</sup> Oberösterreich: 577,50 €; Wien: 461,00 €.

<sup>8</sup> Oberösterreich: 521,70 €; Wien: 357,00 €.

<sup>9</sup> Mit Stand vom 1.1.2009 lagen die Unterschiede bei 115,50 € (Alleinunterstützte) bzw. 162,70 € (Hauptunterstützte).

<sup>10</sup> Kärnten: 379,50 €; Niederösterreich: 261,10 €.

<sup>11</sup> Kärnten: 202,40 €; Wien: 137,00 €.

<sup>12</sup> Mit Stand vom 1.1.2009 lagen die Unterschiede bei 122,20 € bzw. 67,40 €.

<sup>13</sup> Neben den richtsatzgemäßen Leistungen kennen die Sozialhilfegesetze noch andere Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts, so vor allem die Übernahme des Wohnaufwands, die je nach Bundesland unterschiedlich hoch sein kann. Ein aussagekräftiger Vergleich des Leistungskatalogs der Sicherung des Lebensunterhalts durch die Sozialhilfe muss daher auch unter Berücksichtigung des anerkannten Wohnaufwands erfolgen.

<sup>14</sup> Die Mindeststandards enthalten einen Grundbetrag zur Deckung des Wohnbedarfs im Ausmaß von 25%.

einer anderen Person im gemeinsamen Haushalt unterhaltsberechtigt ist; unterschiedliche Prozentsätze gelten für minderjährige Kinder, für die ein Anspruch auf Familienbehilfe besteht<sup>15</sup>.

### *Unterstützte*

Die Bundesländer meldeten für 2010 **insgesamt** 177.068 allein-, haupt- und mitunterstützte Personen in der **offenen Sozialhilfe** (*Tabelle 2*); das waren um 3.251 Unterstützte (+1,9%) mehr als 2009. Mit 106.675 Personen (60%) lebten auch 2010 die weitaus meisten SozialhilfebezieherInnen in Wien (+6.644 bzw. +6,6% gegenüber 2009). Der Anteil<sup>16</sup> der weiblichen Sozialhilfeempfänger lag bei 53%. 60% der LeistungsbezieherInnen waren alleinunterstützte Personen oder lebten als Hauptunterstützte in Familien bzw. Lebensgemeinschaften, 40% wurden als Angehörige oder diesen gleichgestellte Personen in Mehrpersonenhaushalten unterstützt (Mitunterstützte insgesamt); der Anteil der von der Sozialhilfe unterstützten Kinder (Mitunterstützte mit Anspruch auf Familienbehilfe) betrug 31%.<sup>17</sup>

Auskunft über die Zahl der **SozialhilfebezieherInnen in Altenwohn- und Pflegeheimen** als der zweiten großen Zielgruppe gibt *Tabelle 4*. Im Jahr 2010 wurden den Meldungen der Bundesländer zufolge in Österreich insgesamt 76.104 Personen im Rahmen der stationären Sozialhilfe unterstützt, weil sie betreuungs- bzw. pflegebedürftig waren und ihre Eigenmittel zur Bestreitung der Heimgebühren nicht ausreichten. Verglichen mit dem Vorjahr waren um 2.312 mehr Personen (+3,1%) in Altenwohn- und Pflegeheimen zur Sicherung ihres Lebensunterhalts auf öffentliche Unterstützung aus der Sozialhilfe angewiesen gewesen.

Personen, die **soziale Dienste** als Leistung der Sozialhilfe in Anspruch nahmen, sind in diesen Zahlen nicht enthalten. Hier liegen nur vereinzelt Bundesländer-Angaben vor (*Tabelle 4*). 2010 gab es zum Beispiel in Wien 22.010 Personen, die Heimhilfe und 8.270 Personen, die Hauskrankenpflege in Anspruch nahmen.

### *Ausgaben*

Die im Rahmen der **Allgemeinen Sozialhilfe** erfassten Ausgaben<sup>18</sup> (*Tabelle 3*) entfallen auf Richtatzleistungen an Dauerunterstützte (ohne Unterkunftskosten), Geldaushilfen zur Sicherung des Lebensbedarfs, Mietbeihilfen, Krankenhilfeleistungen (im ambulanten und stationären Bereich) und diverse sonstige Leistungen (z.B. Hilfe in besonderen Lebenslagen, Hilfe zur Erziehung und

<sup>15</sup> Bei den Ersteinführungs-Ländern lagen diese 2010 bei 18% (Wien), 19,2% (Burgenland), 21% (Salzburg) bzw. 23% (Niederösterreich).

<sup>16</sup> Bezogen auf die Österreich-Summe von 159.450 Personen, für die Angaben nach dem Geschlecht vorliegen.

<sup>17</sup> Die Anteile bei den Allein- und Hauptunterstützten sowie den Mitunterstützten insgesamt sind bezogen auf die Österreich-Summe von 174.084 Personen, die nach dem entsprechenden Unterstützenstatus gegliedert vorliegen. Beim Kinder-Anteil liegen 160.084 Personen zugrunde (ohne Niederösterreich, weil hier die Mitunterstützten nur in Summe vorhanden sind).

<sup>18</sup> Ohne Berücksichtigung von allfälligen Einnahmen wie z.B. aus Kostenbeiträgen oder -ersätzen durch die LeistungsbezieherInnen und ihre unterhaltpflichtigen Angehörigen.

Erwerbsbefähigung, Bestattungskosten). Österreichweit wurden für diese Hilfen im Jahr 2010 mit 613,7 um 4,9% mehr ausgegeben als im Vorjahr (584,8 Mio. €); 347,8 Mio. € (57%) entfielen auf Wien. 73% der Ausgaben im Rahmen der Allgemeinen Sozialhilfe waren Geldleistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts (inkl. Mietbeihilfen: 446,0 Mio. €), 23% Leistungen der (ambulanten und stationären) Krankenhilfe (138,9 Mio. €); der Rest (28,8 Mio. €) wurde für sonstige Leistungen aufgewendet.

Der Großteil der Sozialhilfemittel fließt traditionell in die (Mit-)Finanzierung der Unterbringung von hilfsbedürftigen Menschen in **Altenwohn- und Pflegeheimen**. Die Ausgaben für diesen Bereich (*Tabelle 4*)<sup>19</sup> erreichten im 2010 1,98 Mrd. €, womit sich die expansive Entwicklung weiter fortsetzte (+6,9% gegenüber 2009: 1,85 Mrd. €<sup>20</sup>). Die Ausgaben-Dominanz Wiens (611,0 Mio. €) ist hier schwächer ausgeprägt als in der offenen Sozialhilfe: Für die Unterstützung von Menschen in Altenwohn- und Pflegeheimen wurden auch in der Steiermark (332,5 Mio. €), in Niederösterreich (315,6 Mio. €) und in Oberösterreich (308,1 Mio. €) vergleichsweise große Beträge der Sozialhilfe aufgewendet (ohne Berücksichtigung der Kostenbeiträge und -ersätze der HeimbewohnerInnen und ihrer Angehörigen).

Die Ausgaben der Bundesländer für (ambulante) **Soziale Dienste** betrugen 2010 532,4 Mio. € (+6,4% gegenüber dem Vorjahr: 500,3 Mio. €<sup>21</sup>). Der vergleichsweise hohe Ausgaben-Anteil von Wien (53%) verzerrt die tatsächliche Situation insofern, als soziale Dienste in anderen Bundesländern in nicht unbedeutlichem Ausmaß von Gemeinden erbracht werden, deren Ausgaben in dieser Form in den Länderbudgets nicht aufscheinen.

In **Summe** lagen die Ausgaben der Bundesländer für Maßnahmen der **Sozialhilfe** (Allgemeine Sozialhilfe, Altenwohn- und Pflegeheime, Soziale Dienste, Flüchtlingshilfe, sonstige Maßnahmen und Einrichtungen) im Jahr 2010 bei 3,39 Mrd. € (+5,6% gegenüber 2009 mit 3,21 Mrd. €).

### **Behindertenhilfe**

Aufgabe und allgemeine Zielsetzung der Behindertenhilfe ist es, behinderten Menschen ein selbstständiges und selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Es gelten ähnliche Anspruchsvoraussetzungen und Grundsätze wie in der Sozialhilfe, und auch hier weichen Rechtslage und Vollziehungspraxis zwischen den Bundesländern erheblich voneinander ab. Hilfe wird dann gewährt, wenn die antragstellende Person alle Möglichkeiten ausgeschöpft hat, gleichartige oder ähnliche

<sup>19</sup> An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass die in Tabelle 4 erfassten Daten zu den Sozialhilfearausgaben für die Bereiche Altenwohn-/Pflegeheime und Soziale Dienste mit den Daten zu den Sachleistungen (Mobile Dienste, Stationäre Dienste, Teilstationäre Dienste, Kurzzeitpflege etc.) gemäß Pflegedienstleistungsstatistik (siehe Fußnote 2) vor allem deshalb nicht übereinstimmen, weil weder die Leistungsbereiche noch die Ausgabenbegriffe (Voll-/Bruttokosten vs. Bruttoausgaben) ident definiert sind.

<sup>20</sup> Die gegenüber dem Vorjahresbericht (1,69 Mrd. €) geänderte Ausgabensumme für 2009 ergibt sich aus einer Datenkorrektur für Wien.

<sup>21</sup> Aufgrund einer Datenkorrektur für Wien änderte sich die Ausgabensumme gegenüber dem Vorjahresbericht (450,7 Mio. €).

Leistungen von einem Sozialversicherungsträger oder vom Bund zu erhalten (Subsidiaritätsprinzip). Das Leistungsspektrum der Behindertenhilfe umfasst medizinische Versorgung (z.B. Kostenübernahme für Heilmittel, Hauskranken- und Anstaltpflege, orthopädische Hilfsmittel), sozialpädagogische Unterstützung (z.B. Erziehungsberatung, Vermittlung in Erziehungseinrichtungen, Kostenzuschüsse für die Unterbringung und Schulbildung), soziale Hilfen (z.B. Beschäftigungs- und Arbeitstherapie, Heimunterbringung, Betreuung durch soziale Dienste) sowie berufliche Eingliederungshilfen (z.B. Übernahme der Kosten der Ausbildung, der Ein-, Um- und Nachschulung, der Berufsvorbereitung und des Arbeitstrainings, Zuschüsse zur behinderungsgerechten Ausstattung eines Arbeitsplatzes im Bereich geschützter Arbeit).

Die **Ausgaben** der Bundesländer für die Behindertenhilfe (*Tabelle 5*) betrugen im Jahr 2010 insgesamt 1,33 Mrd. € (+6,3% gegenüber dem Vorjahr: 1,25 Mrd. €<sup>22</sup>). Für die Unterbringung und Betreuung von behinderten Menschen wurden 599,6 Mio. € (45%), für beschäftigungstherapeutische Maßnahmen 400,1 Mio. € (30%) und für geschützte Arbeit(splätze) 44,3 Mio. € (3%) ausgegeben.

Zu den **LeistungsbezieherInnen** liegen nur lückenhafte Angaben der Länder vor, so dass sich keine aussagekräftige Zahl über das Ausmaß der Inanspruchnahme von Behindertenhilfe in Österreich insgesamt nennen lässt.

### Pflegegeld

Pflegebedürftige Personen im Zuständigkeitsbereich der Länder haben wie die BezieherInnen von Bundespflegegeld einen Rechtsanspruch auf diese Leistung, die nach dem erforderlichen Pflegebedarf (unabhängig von Einkommen und Vermögen) in sieben Pflegegeldstufen gewährt wird. Die Pflegegeldgesetze der Länder sind analog dem Bundespflegegeldgesetz ausgestaltet; es gibt somit im Unterschied zur Sozial- und Behindertenhilfe bundesweit einheitliche Anspruchsvoraussetzungen und Leistungsniveaus.

Ende 2010 gab es insgesamt 70.632 **BezieherInnen** eines Landespflegegeldes (+3,8% bzw. +2.562 Personen gegenüber dem Vorjahresstand) (*Tabelle 6*). In drei Bundesländern - Wien (22%), Niederösterreich (19%) und der Steiermark (16%) - lebten zusammen annähernd 60% der LandespflegegeldbezieherInnen. Die Verteilung nach den 7 Pflegegeldstufen zeigt eine Konzentration auf den unteren Bereich: 71% der Personen erhielten ein Pflegegeld der Stufen 1 bis 3, während auf die Stufen 4 bis 7 nur 29% entfielen<sup>23</sup>.

<sup>22</sup> Die gegenüber dem Vorjahresbericht (1,23 Mrd. €) geänderte Ausgabensumme resultiert aus einer Datenkorrektur für Wien.

<sup>23</sup> Jeweils bezogen auf die 69.607 Personen (Ende 2010) mit Leistungsbezug der Stufen 1 bis 7 (d.h. ohne Berücksichtigung der BezieherInnen von Ausgleichs- und sonstigen Zahlungen).

Die **Ausgaben** für das Landespflegegeld lagen 2010 bei insgesamt 374,1 Mio. € (+3,4% gegenüber dem Vorjahr). Analog zum Leistungsbezug waren die Aufwendungen in Wien (74,7 Mio. €) am höchsten, gefolgt von Niederösterreich (72,8 Mio. €) und der Steiermark (64,1 Mio. €).

### **Ausgaben - Einnahmen insgesamt**

Die **Ausgaben** der Bundesländer für die Sozialhilfe, die Behindertenhilfe und das Pflegegeld betrugen im Jahr 2010 **insgesamt** 5,09 Mrd. €; das war ein Anstieg um 270,0 Mio. € (+5,6%) gegenüber dem Vorjahr. Gemessen an den Gesamtausgaben für die - in *Tabelle 7* erfassten - wichtigsten sozialen Sicherungssysteme in Österreich (in der Höhe von 68,8 Mrd. €) betrug der **Sozialausgaben-Anteil** der Länder<sup>24</sup> 7,4% (2009: 7,3%). Seit 2005 (=100) stiegen die Sozialausgaben der Länder (2010 = 145) verglichen mit den anderen Sozialleistungssystemen am stärksten.

Den Ausgaben standen **Einnahmen** der Länder im Sozialbereich (*Tabelle 8*) in der Höhe von 1,25 Mrd. € gegenüber (+8,5% gegenüber 2009), die sich vor allem aus den Kostenbeiträgen und -ersätzen der LeistungsbezieherInnen ergaben<sup>25</sup>. Regresse und Kostenbeiträge sind primär in der Sozialhilfe (insbesondere im Bereich der Altenwohn- und Pflegeheime) von Bedeutung: Bei einem Nettoaufwand in der Sozialhilfe von 2,31 Mrd. € lag der durch die Einnahmen gedeckte Teil der Ausgaben („Deckungsquote“) bei 32%. In der Behindertenhilfe (Nettoaufwand von 1,16 Mrd. €) flossen hingegen nur 12% der Ausgaben in Form von Einnahmen wieder an die öffentliche Hand zurück.

### **Summary:**

*This article presents an overview of the most important social benefits granted by the Austrian provinces. In 2010 177 068 persons received cash benefits on the basis of social assistance programmes. Furthermore 76 104 recipients of social assistance were living in homes for people needing care. 70 632 persons benefited from care allowances. The total benefits (social assistance in general, social assistance for handicapped persons, care allowance) were EUR 5.09 billion, which is 7.4 per cent of the expenditure for the most important social security systems in Austria.*

Kurt Pratscher, Direktion Bevölkerung (Soziales und Lebensbedingungen)

Februar 2012

<sup>24</sup> Mit der Sozialhilfe, der Behindertenhilfe und dem Pflegegeld werden zwar die wichtigsten Sozialleistungen, aber nicht sämtliche Sozialausgaben der Bundesländer erfasst.

<sup>25</sup> Das sind im Wesentlichen die Beiträge bzw. Ersätze aus dem Einkommen (Pension) und dem Pflegegeld der stationär Untergebrachten sowie die Kostenersätze aus Vermögen.

## Tabellenanhang

Tabelle 1: Sozialhilferichtsätze 2010

Tabelle 2: Bezieherinnen und Bezieher von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts in der offenen Sozialhilfe 2010

Tabelle 2\_2009: Bezieherinnen und Bezieher von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts in der offenen Sozialhilfe 2009

Tabelle 3: Allgemeine Sozialhilfe 2010

Tabelle 3\_2009: Allgemeine Sozialhilfe 2009

Tabelle 4: Altenwohn- und Pflegeheime, Soziale Dienste, Flüchtlingshilfe und sonstige Hilfen 2010

Tabelle 4\_2009: Altenwohn- und Pflegeheime, Soziale Dienste, Flüchtlingshilfe und sonstige Hilfen 2009

Tabelle 5: Behindertenhilfe 2010

Tabelle 5\_2009: Behindertenhilfe 2009

Tabelle 6: Landespflegegeld 2010

Tabelle 7: Ausgaben für verschiedene soziale Sicherungssysteme 2005-2010

Tabelle 8: Einnahmen der Sozialhilfe und sonstiger Sozialleistungen der Länder 2010

<b>Sozialhilferichtsätze 2010<sup>1)</sup></b>						<b>Tabelle 1</b>
<b>Bundesländer</b>	<b>Normaler bzw. erhöhter Richtsatz</b>	<b>Alleinstehende (Alleinunterstützte)</b>	<b>Haushaltvorstände (Hauptunterstützte)</b>	<b>Haushaltsangehörige (Mitunterstützte)</b>		
				<b>ohne Anspruch auf Familienbeihilfe<sup>2)</sup></b>	<b>mit Anspruch auf Familienbeihilfe<sup>2)</sup></b>	
				<b>in EUR</b>		
<b>Burgenland<sup>3)</sup></b>	normal	482,60	399,40	291,40	143,00	
	erhöht	544,70	461,50	342,10	193,70	
<b>Kärnten<sup>4)</sup></b>	normal	506,00	379,50	379,50	151,80	
	erhöht <sup>5)</sup>	556,60	430,10	430,10	-	
<b>Niederösterreich<sup>6)</sup></b>	normal	540,30	474,50	261,10	146,50	
<b>Oberösterreich<sup>7)</sup></b>	normal	577,50	521,70	340,30	162,00	
<b>Salzburg</b>	erhöht	598,50	543,40	366,80	-	
<b>Steiermark</b>	normal	464,50	418,50	268,00	155,50	
<b>Tirol</b>	normal	548,00	500,00	334,00	169,00	
<b>Vorarlberg</b>	normal	468,20	400,60	278,60	155,70	
<b>Wien<sup>8)</sup></b>	normal	517,10	434,20	276,90	160,60	
	erhöht	461,00	357,00	357,00	137,00	
		744,01	557,75	557,75	-	

Q: Verordnungen der Bundesländer; 1) Stand: 1.1.2010; -2) Bei den Haushaltsangehörigen wird grundsätzlich nach dem Anspruch auf bzw. der Gewährung von Familienbeihilfe unterschieden. Die Steiermark unterscheidet bei den Mitunterstützten genaugenommen zwischen solchen, die mit einem Hauptunterstützten in einer Haushaltsgemeinschaft leben und solchen, für die Familienbeihilfe bezogen wird. In Kärnten wird bei den Kindern nach dem Alter gestaffelt (der niedrigere Betrag bezieht sich auf jene vor der höhere auf jene nach Vollendung des 10. Lebensjahres); - 3) Burgenland gewährt erwerbstunfähigen Personen und Personen, die aufgrund ihres Alters einen Pensionsanspruch hätten, zum normalen Richtsatz einen Zuschlag, der im hier angeführten erhöhten Richtsatz inkludiert ist; - 4) Die ab 1.7.2007 geltende Regelung für Kärnten geht von einem Mindeststandard (ersetzt den Richtsatzbegriff) für Personen, die nicht in Haushaltsgemeinschaft leben (Alleinstehende) aus und bemisst davon (als Prozentanteile) die Höhe der Beiträge für die anderen Gruppen. Der Mindeststandard für Alleinstehende gilt auch für Alleinerziehende (mit mindestens einem im gemeinsamen Haushalt lebenden Kind); - 5) Die Kärntner Regelung sieht mehrere Varianten eines erhöhten Mindeststandards vor. Neben der hier angeführten Variante der Erhöhung um 10% bei Personen, deren Einsatz der Arbeitskraft nicht verlangt werden darf, gibt es noch die Erhöhungen bei der älteren Generation (+15%) und bei Familien mit beeinträchtigten Kindern (+30%); - 6) Niederösterreich sieht für Menschen, die mit nicht unterhaltsberechtigten/-unterhaltspflichtigen Personen oder im Rahmen einer Lebensgemeinschaft im Haushalt- oder Wohngemeinschaft leben, einen eigenen, hier nicht angeführten Richtsatz vor; - 7) Oberösterreich legt für den (gesamten) Kreis der Dauerunterstützten einen erhöhten Richtsatz fest (= der hier angeführte erhöhte Richtsatz), zudem sind für dauer- und für nicht dauerunterstützte Personen, die mit nicht unterhaltsberechtigten/-unterhaltspflichtigen Personen in Haushalt- oder Wohngemeinschaft leben, eigene, hier nicht angeführte Richtsätze vorgesehen; - 8) Der Richtsatz für Alleinunterstützte gilt auch für Alleinerziehende mit unterhaltsberechtigten Angehörigen im gemeinsamen Haushalt.

<b>Bezieherinnen und Bezieher von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts in der offenen Sozialhilfe 2010</b>										<b>Tabelle 2</b>	
Unterstützenstatus	Osterreich <sup>1)</sup>	Burgenland <sup>2)</sup>	Kärnten <sup>2)</sup>	Niederösterreich <sup>2)</sup>	Oberösterreich <sup>2)</sup>	Salzburg	Steiermark <sup>2)</sup>	Tirol	Vorarlberg	Wien <sup>2), 3)</sup>	
<b>Allleinunterstützte und Hauptunterstützte</b>											
Männlich	13.823				1.533	3.200	2.881	3.774	2.435		
Weiblich	15.912				2.341	3.713	3.171	4.101	2.586		
<b>Zusammen</b>	<b>104.231</b>			<b>8.870</b>	<b>3.874</b>	<b>6.913</b>	<b>6.998</b>	<b>7.875</b>	<b>5.021</b>	<b>64.680</b>	
<b>Mitunterstützte ohne Familienbeihilfe</b>											
Männlich	2.526				258	531	639	448	650		
Weiblich	3.120				436	307	871	675	831		
<b>Zusammen</b>	<b>15.588</b>				<b>694</b>	<b>838</b>	<b>2.049</b>	<b>1.123</b>	<b>1.481</b>	<b>9.403</b>	
<b>Mitunterstützte mit Familienbeihilfe</b>											
Männlich	24.166				1.271	1.030	1.865	1.254	2.038	16.708	
Weiblich	24.233				1.194	2.276	1.736	1.262	1.881	15.884	
<b>Zusammen</b>	<b>49.135</b>				<b>2.465</b>	<b>3.306</b>	<b>4.337</b>	<b>2.516</b>	<b>3.919</b>	<b>32.592</b>	
<b>Summe Mitunterstützte</b>											
Männlich	9.984				1.529	1.561	2.504	1.702	2.688		
Weiblich	11.469				1.630	2.583	2.607	1.937	2.712		
<b>Zusammen</b>	<b>69.853</b>			<b>5.130</b>	<b>3.159</b>	<b>4.144</b>	<b>6.386</b>	<b>3.639</b>	<b>5.400</b>	<b>41.995</b>	
<b>Summe Allein-, Haupt- und Mitunterstützte</b>											
Männlich	74.984			725	3.062	4.761	5.385	5.476	5.123	50.452	
Weiblich	84.466			862	3.971	6.296	5.778	6.038	5.298	56.223	
<b>Insgesamt</b>	<b>177.068</b>	<b>989</b>	<b>1.587</b>	<b>14.000</b>	<b>7.441</b>	<b>11.057</b>	<b>13.384</b>	<b>11.514</b>	<b>10.421</b>	<b>106.675</b>	

Quellen: Sozialhilfestatistik 2010:  
 -1) Die Österreich-Summen sind als Summe der Bundesländer horizontal zu lesen; aufgrund fehlender Angaben (-) stimmen diese nicht mit den Österreich-Summen in der Vertikale überein.  
 -2) Nicht alle Personen nach dem Unterstützenstatus bzw. nach dem Geschlecht aufgegliedert vorliegend.  
 -3) Geschätzte Daten. - 4) inkl. Bezieherinnen und Bezieher von Hilfe in besonderen Lebenslagen.

Bezieherinnen und Bezieher von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts in der offenen Sozialhilfe 2009										Tabelle 2
Unterstützenstatus	Osterreich <sup>1)</sup>	Burgenland <sup>2)</sup>	Kärnten <sup>2)</sup>	Nieder- österreich	Ober- österreich <sup>2)</sup>	Salzburg	Steiermark <sup>2)</sup>	Tirol	Vorarlberg	Wien <sup>2)</sup> <sup>3)</sup>
<b>Alleinunterstützte und Hauptunterstützte:</b>										
Männlich	17.983			3.375	1.596	3.215	3.690	3.713	2.394	
Weiblich	20.618			4.475	2.380	3.498	3.856	3.890	2.519	
<b>Zusammen</b>	<b>102.046</b>			<b>7.850</b>	<b>3.976</b>	<b>6.713</b>	<b>8.411</b>	<b>7.603</b>	<b>4.913</b>	<b>62.580</b>
<b>Mitunterstützte ohne Familienbeihilfe:</b>										
Männlich	4.267			1.285	273	597	1.031	439	642	
Weiblich	4.043			756	488	286	1.056	666	791	
<b>Zusammen</b>	<b>17.327</b>			<b>2.041</b>	<b>761</b>	<b>883</b>	<b>2.642</b>	<b>1.105</b>	<b>1.433</b>	<b>8.462</b>
<b>Mitunterstützte mit Familienbeihilfe:</b>										
Männlich	24.378			1.950	1.238	1.180	1.999	1.297	1.906	14.808
Weiblich	25.946			3.467	1.187	2.307	1.765	1.278	1.761	14.181
<b>Zusammen</b>	<b>51.059</b>			<b>5.417</b>	<b>2.425</b>	<b>3.487</b>	<b>4.499</b>	<b>2.575</b>	<b>3.667</b>	<b>28.989</b>
<b>Summe Mitunterstützte:</b>										
Männlich	13.837			3.235	1.511	1.777	3.030	1.736	2.548	
Weiblich	15.808			4.223	1.675	2.593	2.821	1.944	2.552	
<b>Zusammen</b>	<b>68.386</b>			<b>7.458</b>	<b>3.186</b>	<b>4.370</b>	<b>7.141</b>	<b>3.680</b>	<b>5.100</b>	<b>37.451</b>
<b>Summe Allein-, Haupt- und Mitunterstützte:</b>										
Männlich	79.773		913	6.610	3.107	4.992	6.720	5.449	4.942	47.040
Weiblich	90.541		1.124	8.698	4.055	6.091	6.677	5.834	5.071	52.991
<b>Insgesamt</b>	<b>173.817</b>	<b>1.008</b>	<b>2.037</b>	<b>15.308</b>	<b>7.502</b>	<b>11.083</b>	<b>15.552</b>	<b>11.283</b>	<b>10.013</b>	<b>100.031</b>

G. Sozialhilfestatistik 2009. 1) Die Österreich-Summen sind als Summe der Bundesländer horizontal zu lesen; aufgrund fehlender Angaben (...) stimmen diese nicht mit den Österreich-Summen in den Vertikalen überein. – 2) Nicht alle Personen nach dem Unterstützenstatus bzw. nach dem Geschlecht aufgegliedert vorliegend. – 3) Inkl. Bezieherinnen und Bezieher von Hilfe in besonderen Lebenslagen.

<b>Allgemeine Sozialhilfe 2010</b>											<b>Tabelle 3</b>
<b>Leistungskatalog</b> <b>Ausgaben in EUR und Personen/Fälle<sup>1)</sup></b>	<b>Osterreich</b>	<b>Burgenland</b>	<b>Kärnten</b>	<b>Niederösterreich</b>	<b>Oberösterreich</b>	<b>Salzburg</b>	<b>Steiermark</b>	<b>Tirol</b>	<b>Vorarlberg</b>	<b>Wien<sup>2)</sup></b>	
<b>Dauerleistungen, Richtsätze</b>											
Ausgaben	<b>168,045.182</b>	1,790.456	6,547.722	31,994.890	15,964.380	10,510.249	21,521.999	10,000.348	8,624.700	61,090.437	
Personen/Fälle	.	572	2.047	8.015	10.220	4.804	5.118	7.793	4.495	6.208	
<b>Mietbeihilfen</b>											
Ausgaben	<b>54,011.750</b>	843.735	862.439	2,410.726	2,795.760	10,378.527	9,197.617	8,879.402	6,569.878	12,073.665	
Personen/Fälle	.	448	1.848	2.458	9.922	5.429	1.003	7.997	3.904	9.810	
<b>Geldaus hilfen zur Sicherung des Lebensbedarfs</b>											
Ausgaben	<b>223,960.069</b>	356.335	3,112.989	1,182.687	2,711.355	881.886	2,954.169	1,470.204	1,161.360	210,129.084	
Personen/Fälle	.	598	3.058	1.875	7.532	1.543	6.296	4.774	1.541	90.657	
<b>Krankenhilfe</b>											
Ausgaben insgesamt	<b>138,897.032</b>	947.977	26,432.964	10,076.675	4,922.608	5,918.733	25,332.161	3,848.884	3,708.029	57,709.000	
Personen/Fälle	.	780	1.306	1.685	3.487	2.272	.	4.565	2.842	.	
Davon (Ausgaben):											
- Sozialversicherungsbeiträge (KV-Selbstzahler)	<b>13,054.808</b>	640.208	494.675	1,454.025	2,115.064	2,240.434	2,741.541	2,452.600	916.260	.	
- Psychiatrische Krankenanstalten	<b>77,229.270</b>	3.928	24,931.799	1,042.640	1,672.300	.	17,692.334	32.311	1,532.094	30,321.863	
- Andere Einrichtungen	<b>5,347.458</b>	16.986	146.022	.	677.069	211.346	3,078.070	535.020	682.945	.	
- Sonstige Krankenhilfe	<b>43,265.496</b>	286.855	860.468	7,580.009	458.175	3,466.953	1,820.216	828.953	576.730	27,387.137	
<b>Sonstige Leistungen</b>											
Ausgaben	<b>28,802.237</b>	1,124.857	77.043	4,475.047	7,212.718	3,406.525	402.916	2,657.043	2,648.373	6,797.715	
<b>Allgemeine Sozialhilfe insgesamt</b>											
<b>Ausgaben</b>	<b>613,716.269</b>	5,063.360	37,033.156	50,140.025	33,606.821	31,095.920	59,408.862	26,855.881	22,712.340	347,799.902	

Q: Sozialhilfestatistik 2010 - 1) Da die Meldungen nicht für alle Bundesländer vorliegen und weil aus den vorhandenen Meldungen nicht immer eindeutig hervorgeht, ob es sich bei den Angaben um Personenzahlen oder Fallzahlen handelt, wurden keine Summen gebildet. - 2) Ausgaben für Krankenhilfe in anderen Einrichtungen in den Ausgaben für psychiatrische Anstalten enthalten.

<b>Allgemeine Sozialhilfe 2009</b>											<b>Tabelle 3</b>
<b>Leistungskatalog</b> <b>Ausgaben in EUR und Personen/Fälle<sup>1)</sup></b>		<b>Osterreich</b>	<b>Burgenland</b>	<b>Kärnten</b>	<b>Nieder- österreich</b>	<b>Ober- österreich</b>	<b>Salzburg</b>	<b>Steiermark</b>	<b>Tirol</b>	<b>Vorarlberg</b>	<b>Wien<sup>2)</sup></b>
<b>Dauerleistungen, Richtsätze</b>											
Ausgaben Personen/Fälle	<b>158,132.650</b>	1,671.809	7,924.364	31,124.307	17,454.573	11,077.173	18,119.128	9,418.830	7,818.538	53,523.929	
	.	539	10.311	7.850	10.613	4.714	3.570	7.423	4.209	5.913	
<b>Mietbeihilfen</b>											
Ausgaben Personen/Fälle	<b>54,917.706</b>	782.491	2,010.131	3,212.053	2,811.839	10,834.267	8,470.884	8,559.560	6,256.105	11,980.376	
	.	458	5.251	2.657	9.652	5.228	3.940	7.865	3.846	9.204	
<b>Geldaus hilfen zur Sicherung des Lebensbedarfs</b>											
Ausgaben Personen/Fälle	<b>194,027.323</b>	364.047	3,991.657	2,014.035	2,769.453	919.423	3,455.085	1,376.908	1,114.239	178,022.475	
	.	623	13.271	2.814	7.961	1.347	4.368	4.317	1.570	84.914	
<b>Krankenhilfe</b>											
Ausgaben insgesamt Personen/Fälle	<b>144,596.488</b>	1,076.782	24,823.408	9,776.516	5,682.931	6,997.593	24,439.170	4,636.545	3,586.201	63,577.343	
Davon (Ausgaben):		554	3.870	1.635	3.405	2.553	.	4.044	2.155	.	
- Sozialversicherungsbeiträge (KV-Selbstzahler)	<b>13,935.606</b>	702.948	529.506	1,086.339	2,841.460	2,467.314	2,625.717	2,924.983	757.338	.	
- Psychiatrische Krankenanstalten	<b>77,563.395</b>	8.470	23,547.065	1,140.083	1,634.400	.	17,604.751	64.755	1,622.892	31,940.979	
- Andere Einrichtungen	<b>4,824.910</b>	6.601	148.546	.	657.127	69.537	2,543.857	729.846	669.397	.	
- Sonstige Krankenhilfe	<b>48,272.577</b>	358.762	598.291	7,550.094	549.944	4,460.742	1,664.845	916.962	536.574	31,636.364	
<b>Sonstige Leistungen</b>											
Ausgaben	<b>33,148.536</b>	804.489	91.274	3,705.491	8,322.565	2,868.898	383.007	2,737.222	2,482.672	11,752.918	
<b>Allgemeine Sozialhilfe insgesamt</b>											
<b>Ausgaben</b>	<b>584,822.703</b>	4,699.617	38,840.833	49,832.402	37,041.361	32,697.354	54,867.274	26,729.066	21,257.755	318,857.041	

Q: Sozialhilfestatistik 2009. -1) Da die Meldungen nicht für alle Bundesländer vorliegen und weil aus den vorhandenen Meldungen nicht immer eindeutig hervorgeht, ob es sich bei den Angaben um Personenzahlen oder Fallzahlen handelt, wurden keine Summen gebildet. -2) Ausgaben für Krankenhilfe in anderen Einrichtungen in den Ausgaben für psychiatrische Anstalten enthalten.

Altenwohn- und Pflegeheime, Soziale Dienste, Flüchtlingshilfe und sonstige Hilfen 2010											Tabelle 4
Leistungskatalog Ausgaben in EUR u. Personen/Fälle <sup>1)</sup>	Oesterreich	Burgen- land <sup>2)</sup>	Kärnten	Nieder- österreich <sup>3)</sup>	Ober- österreich <sup>4)</sup>	Salzburg	Steiermark	Tirol	Vorarlberg	Wien <sup>5)</sup>	
<b>Altenwohn- und Pflegeheime (landeseigene und private)<sup>6)</sup></b>											
<b>Ausgaben</b>	<b>1.981.042.449</b>	<b>39.890.607</b>	<b>93.617.026</b>	<b>315.562.925</b>	<b>308.067.972</b>	<b>87.220.758</b>	<b>332.533.771</b>	<b>122.684.380</b>	<b>70.497.011</b>	<b>610.968.000</b>	
Personen	76.104	1.693	5.490	12.869	11.447	3.936	10.989	4.450	2.270	22.960	
<b>Soziale Dienste<sup>7)</sup></b>											
<b>Heimhilfe</b>											
Ausgaben	<b>293.575.909</b>	2.794	7.613.958	69.694.745	35.541.757	7.218.640	7.215.098		1.712.618	164.576.300	
Personen/Fälle		4					2.963	5.771		22.010	
<b>Hauskrankenpflege</b>											
Ausgaben	<b>146.465.238</b>	212.347	15.461.389		14.502.278	9.429.935	4.897.950	20.753.031	4.547.907	76.660.400	
Personen/Fälle		54				3.553	13.903			8.270	
<b>Sonstige Hilfen für Senioren</b>											
Ausgaben	<b>32.825.170</b>			3.107.766	4.367.422	517.609	5.818.278	672.740	364.354	17.977.000	
Personen/Fälle						16	6.674				
<b>Sonstige Leistungen</b>											
Ausgaben	<b>59.569.105</b>		127.559		28.674.287	313.448	417.220	337.157	4.920.234	24.779.200	
Personen/Fälle						87				12.510	
<b>Soziale Dienste insgesamt</b>											
<b>Ausgaben</b>	<b>532.435.422</b>	<b>215.142</b>	<b>23.202.906</b>	<b>72.802.511</b>	<b>83.085.744</b>	<b>17.479.632</b>	<b>18.348.547</b>	<b>21.762.929</b>	<b>11.545.113</b>	<b>283.992.900</b>	
<b>Flüchtlingshilfe</b>											
<b>Ausgaben</b>	<b>157.386.522</b>	<b>4.074.619</b>	<b>9.056.428</b>	<b>23.265.841</b>	<b>38.373.510</b>	<b>7.374.618</b>	<b>24.664.946</b>	<b>10.752.010</b>	<b>8.664.550</b>	<b>31.160.000</b>	
<b>Sonstige Einrichtungen und Maßnahmen</b>											
<b>Für Obdachlose, insbesondere Wohnheime, Wohnprojekte, Beratung</b>											
Ausgaben	<b>75.095.174</b>					3.155.918	6.295.523	190.270	5.945.244	6.314.390	52.777.200
Personen/Fälle								522		396	
<b>Sonstige Aktionen und Unterstützungsbeiträge</b>											
Ausgaben	<b>21.319.901</b>		3.207.484		13.215.749	948.215	553.291		2.637.162	758.000	
<b>Sonstige Einrichtungen und Maßnahmen insgesamt</b>											
<b>Ausgaben</b>	<b>108.825.533</b>		<b>3.624.114</b>	<b>12.410.459</b>	<b>16.371.667</b>	<b>7.243.738</b>	<b>743.560</b>	<b>5.945.244</b>	<b>8.951.551</b>	<b>53.535.200</b>	
Q: Sozialhilfestatistik 2010. - 1) Da die Meldungen nicht für alle Bundesländer vorliegen und weil aus den vorhandenen Meldungen nicht immer eindeutig hervorgeht, ob es sich bei den Angaben um Personenzahlen oder Fallzahlen handelt, wurden großteils keine Summen gebildet. - 2) Nur personenbezogene Ausgaben. - 3) Bei den Ausgaben für die Heimhilfe sind auch jene für die Hauskrankenpflege enthalten. - 4) Die Ausgaben für die Hauskrankenpflege enthalten auch jene für die Heimhilfe. - 5) Seit dem Berichtsjahr 2009 übermittelung gerundeter Zahlen durch den Fonds Soziales Wien. - 6) Daten stimmen mit jenen gemäß Pflegedienstleistungstatistik aufgrund unterschiedlich gefasster Leistungsbereiche und abweichender Ausgabenbegriffe nicht überein.											

Tabelle 4

Altenwohn- und Pflegeheime, Soziale Dienste, Flüchtlingshilfe und sonstige Hilfen 2009											Tabelle 1	
Leistungskatalog	Osterreich	Burgenland	Kärnten	Niederösterreich	Oberösterreich	Salzburg	Steiermark	Tirol	Vorarlberg	Wien		
Ausgaben in EUR u. Personen/Fälle <sup>1)</sup>												
<b>Ausgaben</b>	<b>1.852.834.540</b>	<b>35.887.294</b>	<b>79.731.978</b>	<b>296.427.798</b>	<b>297.099.826</b>	<b>81.912.826</b>	<b>293.363.725</b>	<b>110.507.245</b>	<b>66.104.848</b>	<b>591.799.000</b>		
Personen	73.792	1.676	4.985	12.441	11.986	3.823	10.059	4.296	2.276	22.250		
<b>Altenwohn- und Pflegeheime (landeseigene und private)<sup>2)</sup></b>												
<b>Heimhilfe</b>												
Ausgaben	294.010.782	23.003	22.724.060	63.050.330	33.325.646	7.947.428	6.696.305				1.370.010	158.874.000
Personen/Fälle		6				2.474	5.675					21.600
<b>Hauskrankenpflege</b>												
Ausgaben	108.773.541	154.600			14.579.822	9.387.834	4.326.770	1.306.451	4.658.064	74.360.000		
Personen/Fälle		36				2.906	13.685					7.900
<b>Sonstige Hilfen für Senioren</b>												
Ausgaben	28.439.416			2.965.377	4.710.013	749.045	5.485.046	590.528	303.407	13.636.000		
Personen/Fälle						19	6.892					
<b>Sonstige Leistungen</b>												
Ausgaben	69.105.272		262.776		28.787.789	278.394	811.006	10.543.905	5.739.701	22.681.700		
Personen/Fälle						61						13.000
<b>Soziale Dienste insgesamt</b>												
<b>Ausgaben</b>	<b>500.329.011</b>	<b>177.602</b>	<b>22.986.836</b>	<b>66.015.707</b>	<b>81.403.270</b>	<b>18.362.701</b>	<b>17.319.127</b>	<b>12.440.884</b>	<b>12.071.183</b>	<b>269.551.700</b>		
<b>Flüchtlingshilfe</b>												
<b>Ausgaben</b>	<b>160.900.377</b>	<b>5.237.162</b>	<b>7.823.205</b>	<b>25.598.685</b>	<b>38.962.473</b>	<b>7.636.241</b>	<b>25.324.357</b>	<b>10.349.536</b>	<b>9.198.719</b>	<b>30.770.000</b>		
<b>Sonstige Einrichtungen und Maßnahmen</b>												
<b>Für Obdachlose, insbesondere Wohnheime, Wohnprojekte, Beratung</b>												
Ausgaben	75.320.361					3.014.128	6.016.836	654.767	5.709.168	5.880.463	53.953.000	
Personen/Fälle								412				424
<b>Sonstige Aktionen und Unterstützungsbeiträge</b>												
Ausgaben	27.894.261		1.323.933		20.958.242	665.364	716.016			3.514.707	716.000	
<b>Sonstige Einrichtungen und Maßnahmen insgesamt</b>												
<b>Ausgaben</b>	<b>115.625.082</b>		<b>1.415.933</b>	<b>12.410.459</b>	<b>23.972.370</b>	<b>6.682.200</b>	<b>1.370.782</b>	<b>5.709.168</b>	<b>9.395.170</b>	<b>54.669.000</b>		

Q: Sozialhilfestatistik 2009. – 1) Da die Meldungen nicht für alle Bundesländer vorliegen und weil aus den vorhandenen Meldungen nicht immer eindeutig hervorgeht, ob es sich bei den Angaben um Personenzahlen oder Fallzahlen handelt, wurden großteils keine Summen gebildet. – 2) Nur personenbezogene Ausgaben. – 3) Bei den Ausgaben für die Heimhilfe sind auch jene für die Hauskrankenpflege enthalten. – 4) Die Ausgaben für Sonstige Leistungen enthalten auch jene für die Heimhilfe. – 5) Seit dem Berichtsjahr 2009 Übermittlung gerundeter Zahlen durch den Fonds Soziales Wien. – 6) Daten stimmen mit jenen gemäß Pflegedienstleistungsstatistik aufgrund unterschiedlich gefasster Leistungsbereiche und abweichender Ausgabenbegriffe nicht überein.

<b>Behindertenhilfe 2010</b>											<b>Tabelle 5</b>
Leistungskatalog Ausgaben in EUR und Personen/Fälle <sup>1)</sup>	Osterreich	Burgenland	Kärnten	Nieder- österreich <sup>2)</sup>	Ober- österreich <sup>2)</sup>	Salzburg	Steiermark	Tirol	Vorarlberg	Wien <sup>3)</sup>	
<b>Unterbringung, Betreuung inklusive Tagesstrukturierung</b>											
<b>Ausgaben</b>											
Ausgaben	<b>599,641.796</b>	1,087.870	10,078.574	79,747.125	173,978.420	4,654.039	78,842.418	87,815.415	51,461.936	111,976.000	
Personen/Fälle		89	282	3.127		521	3.228		21.467	3.190	
<b>Beschäftigungstherapie</b>											
Ausgaben	<b>400,111.681</b>	21,483.506	40,482.957	54,890.691	73,133.810	49,505.437	83,719.400	834.899	17,021.982	59,039.000	
Personen/Fälle		959	817	4.271		1.802	958		1.078	4.360	
<b>Geschützte Arbeit</b>											
Ausgaben	<b>44,315.270</b>	419.073	1,715.316	6,825.061	15,999.540	5,592.997	5,418.537	1,913.144	4,485.001	1,946.600	
Personen/Fälle		94	290	2.076		558	2.269		557	220	
<b>Süchtkrankenhilfe</b>											
Ausgaben	<b>28,734.122</b>		1,063.668		12,830.032	2,081.749	4,514.119	2,355.127	5,889.426		
Personen/Fälle						270	193			776	
<b>Andere Förderungsmaßnahmen zur Eingliederung in die Gesellschaft</b>											
Ausgaben	<b>125,524.144</b>	2,259.506	1,353.997	34,529.749	10,355.813	7,847.353	33,254.168	15,875.355	538.503	19,509.700	
Personen/Fälle				12.016		270	3.141			136	
<b>Darunter: Heilmittel, Heilbehandlung, orthopädische Behelfe und Hilfsmittel zur Eingliederung</b>											
Ausgaben	<b>60,481.221</b>	488.268	331.602	33,732.075	10,355.813	231.475	10,123.735	5,218.253			
Personen/Fälle		248		11.520			2.712				
<b>Sonstige Leistungen</b>											
Ausgaben	<b>127,115.640</b>		1,243.036	3,742.948	48,460.132	42.023	18,425.388	12,520.323	1,648.089	41,033.700	
Personen/Fälle				1.318		43					
<b>Behindertenhilfe insgesamt</b>											
<b>Ausgaben</b>	<b>1.325,442.653</b>	<b>25,249.955</b>	<b>55,937.548</b>	<b>179,735.574</b>	<b>334,757.748</b>	<b>69,723.598</b>	<b>224,174.031</b>	<b>121,314.263</b>	<b>81,044.937</b>	<b>233,505.000</b>	

Q: Sozialhilfestatistik 2010. – 1) Da die Meldungen nicht für alle Bundesländer vorliegen und weil aus den vorhandenen Meldungen nicht immer eindeutig hervorgeht, ob es sich bei den Angaben um Personenzahlen oder Fallzahlen handelt, wurden keine Summen gebildet. – 2) Ausgaben nach dem Chancengleichheitsgesetz (inkl. geringer Ausgaben für die Unterbringung und Betreuung psychisch Behindeter nach dem Sozialhilfegesetz). – 3) Seit dem Berichtsjahr 2009 übermittelung gerundeter Zahlen durch den Fonds Soziales Wien.

<b>Behindertenhilfe 2009</b>											<b>Tabelle 5</b>
Ausgaben in EUR und Personen/Fälle	Osterreich	Burgenland	Kärnten	Niederösterreich	Oberösterreich <sup>2)</sup>	Salzburg	Steiermark	Tirol	Vorarlberg	Wien <sup>3)</sup>	
<b>Unterbringung, Betreuung inklusive Tagesstrukturierung</b>											
<b>Ausgaben</b>											
Ausgaben	<b>555,436.759</b>	1,751.418	10,267.619	73,518.809	156,282.734	4,494.400	71,212.037	80,228.883	49,733.859	107,947.000	
Personen/Fälle		240	241	2.997	43	551	3.505		21.823	3.200	
<b>Beschäftigungstherapie</b>											
Ausgaben	<b>377,318.291</b>	20,397.348	36,603.609	52,023.267	70,780.822	49,589.784	72,185.998	2,612.133	17,049.329	56,076.000	
Personen/Fälle		943	803	4.115	21	1.689	202		1.179	4.400	
<b>Geschützte Arbeit</b>											
Ausgaben	<b>40,875.333</b>	488.264	1,718.227	6,577.735	13,617.563	5,175.362	5,375.762	1,912.021	4,182.398	1,828.000	
Personen/Fälle		90	268	2.050		555	2.348		512	240	
<b>Suchtkrankenhilfe</b>											
Ausgaben	<b>28,811.716</b>		1,668.726		12,220.510	2,034.427	4,959.194	2,188.767	5,740.092		
Personen/Fälle						286	245			720	
<b>Andere Förderungsmaßnahmen zur Eingliederung in die Gesellschaft</b>											
Ausgaben	<b>124,235.755</b>	2,085.056	1,593.663	34,712.182	10,913.806	8,355.437	28,959.738	15,628.210	435.663	21,552.000	
Personen/Fälle				11.586	105	106	3.195			141	
<b>Darunter: Heilmittel, Heilbehandlung, orthopädische Behelfe und Hilfsmittel zur Eingliederung</b>											
Ausgaben	<b>59,838.918</b>	492.842	316.680	33,878.793	10,913.806	166.116	9,189.160	4,881.521			
Personen/Fälle		242		11.132	105		2.632				
<b>Sonstige Leistungen</b>											
Ausgaben	<b>120,042.236</b>		1,760.523	3,529.729	51,609.709	171.165	16,481.968	12,271.648	1,659.494	32,558.000	
Personen/Fälle				1.310	1.896	44					
<b>Behindertenhilfe insgesamt</b>											
<b>Ausgaben</b>	<b>1.246.720.090</b>	<b>24,722.087</b>	<b>53,612.367</b>	<b>170,361.722</b>	<b>315,425.144</b>	<b>69,820.575</b>	<b>199,174.697</b>	<b>114,841.662</b>	<b>78,800.835</b>	<b>219,961.000</b>	

Q: Sozialhilfestatistik 2009. - 1) Da die Meldungen nicht für alle Bundesländer vorliegen und weil aus den vorhandenen Meldungen nicht immer eindeutig hervorgeht, ob es sich bei den Angaben um Personenzahlen oder Fallzahlen handelt, wurden keine Summen gebildet. - 2) Ausgaben nach dem Chancengleichheitsgesetz (inkl. geringer Ausgaben für die Unterbringung und Betreuung psychisch Behindeter nach dem Sozialhilfegesetz). - 3) Seit dem Berichtsjahr 2009 übermittelte gerundete Zahlen durch den Fonds Soziales Wien.

**Ländespflegegeld 2010**

Tabelle 6

Gliederung	Ostereich	Burgenland	Kärnten	Nieder- ostereich	Ober- ostereich	Salzburg	Steiermark	Tirol	Vorarlberg	Wien
<b>Stufe 1 (154.20 EUR)</b>										
Ausgaben (in EUR)	25,456.855	501.499	2.198.619	4.532.284	3.455.423	1.387.714	4.224.667	1.545.028	620.101	6.991.519
Personen (31.12.)	15.150	264	1.389	2.710	1.966	899	2.301	857	424	4.340
<b>Stufe 2 (284.30 EUR)</b>										
Ausgaben (in EUR)	69,244.851	2.064.064	5.112.020	12.234.045	11.437.323	3.797.142	11.264.076	4907683.73	2.193.359	16.235.138
Personen (31.12.)	21.642	630	1.719	3.884	3.407	1.344	3.438	1.519	836	4.865
<b>Stufe 3 (442.90 EUR)</b>										
Ausgaben (in EUR)	61,821.025	2.285.849	4.003.013	12.898.858	9.844.225	3.387.880	10.667.273	5.313.085	2.693.898	10.726.943
Personen (31.12.)	12.611	444	890	2.573	1.915	715	2.091	1.064	627	2.292
<b>Stufe 4 (664.30 EUR)</b>										
Ausgaben (in EUR)	61,770.206	1.986.965	4.252.351	11.959.660	8.914.978	2.701.031	10.759.967	5.428.157	2.590.521	13.176.577
Personen (31.12.)	8.271	252	598	1.561	1.173	362	1.401	711	405	1.808
<b>Stufe 5 (902.30 EUR)</b>										
Ausgaben (in EUR)	56,353.808	1.693.279	3.380.303	12.264.480	10.558.704	3.038.841	8.418.094	5.078.474	2.893.169	9.028.464
Personen (31.12.)	5.584	149	347	1.181	1.096	291	795	483	320	922
<b>Stufe 6 (1.242.00 EUR)</b>										
Ausgaben (in EUR)	55,348.765	2.405.353	3.268.663	10.319.806	7.552.410	2.757.502	10.595.944	6.035.416	2.064.954	10.348.717
Personen (31.12.)	4.025	166	232	722	573	198	753	424	188	769
<b>Stufe 7 (1.655.80 EUR)</b>										
Ausgaben (in EUR)	42,506.726	1.785.991	2.346.799	8.328.456	7.800.127	2.458.194	7.990.203	2.484.350	1.450.090	7.862.517
Personen (31.12.)	2.324	86	128	449	435	130	413	137	92	454
<b>Summe Stufe 1 bis 7</b>										
Ausgaben (in EUR)	372,502.236	12,722.999	24,561.767	72,537.592	59,563.190	19,528.304	63,920.224	30,792.194	14,506.091	74,369.875
Personen (31.12.)	69.607	1.991	5.303	13.080	10.565	3.939	11.192	5.195	2.892	15.450
<b>Summe Ausgleichszahlungen, Sonstiges</b>										
Ausgaben (in EUR)	1,614.635	49.456	58.114	262.257	307.559	67.439	210.487	191.602	171.443	296.277
Personen (31.12.)	1.025	31	58	174	147	50	113	100	148	204
<b>Summe Gesamt</b>										
Ausgaben (in EUR)	374,116.871	12,772.455	24,619.881	72,799.849	59,870.750	19,595.743	64,130.712	30,983.796	14,677.535	74,666.152
Personen (31.12.)	70.632	2.022	5.361	13.254	10.712	3.989	11.305	5.295	3.040	15.654

© Österreichischer Pflegevorsorgebericht 2010

<b>Ausgaben für verschiedene soziale Sicherungssysteme 2005-2010</b>							
Sicherungssysteme	Einheit	2005	2006	2007	2008	2009	2010
<b>Sozialhilfe; Behindertenhilfe und Pflegegeld der Länder<sup>1)</sup></b>	Mio. EUR	3.506	3.765	4.025	4.396	4.823	<b>5.093</b>
2005=100		100	107	115	125	138	145
%-Anteil		6,4	6,6	6,7	7,0	7,3	7,4
<b>Sozialversicherung<sup>2)</sup></b>	Mio. EUR	39.441	41.017	43.105	45.330	47.271	<b>48.700</b>
2005=100		100	104	109	115	120	123
%-Anteil		71,8	71,8	71,8	72,2	71,3	70,8
<b>Arbeitsmarktverwaltung (service)<sup>3)</sup></b>	Mio. EUR	4.614	4.912	5.293	4.834	5.776	<b>6.145</b>
2005=100		100	106	115	105	125	133
%-Anteil		8,4	8,6	8,8	7,7	8,7	8,9
<b>Bundespflegegeld<sup>4)</sup></b>	Mio. EUR	1.566	1.621	1.692	1.774	1.943	<b>2.002</b>
2005=100		100	104	108	113	124	128
%-Anteil		2,8	2,8	2,8	2,8	2,9	2,9
<b>Familienlastenausgleich<sup>5)</sup></b>	Mio. EUR	5.409	5.407	5.537	6.025	6.152	<b>6.446</b>
2005=100		100	100	102	111	114	119
%-Anteil		9,8	9,5	9,2	9,6	9,3	9,4
<b>Fürsorgeleistungen des Bundes<sup>6)</sup></b>	Mio. EUR	414	402	404	427	373	<b>387</b>
2005=100		100	97	98	103	90	93
%-Anteil		0,8	0,7	0,7	0,7	0,6	0,6
<b>Insgesamt</b>	Mio. EUR	<b>54.950</b>	<b>57.125</b>	<b>60.056</b>	<b>62.785</b>	<b>66.337</b>	<b>68.774</b>
	2005=100	100	104	109	114	121	125

Q: Sozialhilfestatistik; Berichte des Arbeitskreises für Pflegevorsorge; Rechnungsabschlüsse des Bundes; Geburungsergebnisse der Sozialversicherungsträger. – 1) Sozialhilfe und Behindertenhilfe gemäß Sozialhilfestatistik; Pflegegeld gemäß Bericht des Arbeitskreises für Pflegevorsorge. – 2) Kranken-, Pensions- und Unfallversicherung. – 3) Aktive und passive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen (Rechnungsabschluss des Bundes). – 4) Pflegegelder auf Basis des Bundespflegegeldgesetzes (Bericht des Arbeitskreises für Pflegevorsorge; Rechnungsabschluss des Bundes). – 5) Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (Rechnungsabschluss des Bundes) – umfasst neben den Familienbeihilfen auch Ausgaben für Unterhaltsvorschüsse, den Mutter-Kind-Pass-Bonus, Kleinkindbeihilfen, Schulfahrtbeihilfen und diverse sonstige familienpolitische Maßnahmen. – 6) Opfersfürsorge; Hilfeleistungen an Opfer für Verbrechen; Kleinrentnerentschädigung; Allgemeine Fürsorge sowie Einrichtungen der Kriegsopfer- und Heeresversorgung (Rechnungsabschluss des Bundes).

<b>Einnahmen<sup>1)</sup> der Sozialhilfe und der Behindertenhilfe der Länder 2010</b>											<b>Tabelle 8</b>
<b>Leistungsgruppen</b>	<b>Österreich</b>	<b>Burgenland</b>	<b>Kärnten<sup>2)</sup></b>	<b>Nieder- österreich<sup>3)</sup></b>	<b>Ober- österreich<sup>4)</sup></b>	<b>Salzburg<sup>4)</sup></b>	<b>Steiermark</b>	<b>Tirol</b>	<b>Vorarlberg</b>	<b>Wien<sup>5)</sup></b>	
Allgemeine Sozialhilfe (1.)	<b>142,231.456</b>	3,770.511	3,602.902	29,988.385	12,127.911	52,319.839	1,559.738	2,656.777	1,089.338	35,116.056	
Altenwohn- u. Pflegeheime (2.)	<b>837,094.859</b>	19,613.092	60,719.890	166,352.560	182,011.056		155,823.527	39,486.052	31,506.682	181,582.000	
Soziale Dienste (3.)	<b>88,920.949</b>		27.706			25,314.628	3,462.085	206.208	7,578.141	60.281	52,271.900
Sonstige Einrichtungen und Maßnahmen (4.)			<b>16,261.159</b>			750.871	455.068	324.810		1,293.210	13,437.200
Sozialhilfe (1.-4.)	<b>1084,508.423</b>	23,411.310	64,322.792	196,340.944	220,204.466	56,236.992	157,914.282	49,720.970	33,949.511	282,407.156	
Behindertenhilfe (5.)	<b>165,266.658</b>	2,734.566	5,654.823	35,376.110	62,412.655	9,869.345	13,498.880	10,358.494	5,851.784	19,510.000	
<b>Insgesamt</b>	<b>1.249,775.081</b>	<b>26,145.876</b>	<b>69,977.615</b>	<b>231,717.055</b>	<b>282,617.121</b>	<b>66,106.337</b>	<b>171,413.163</b>	<b>60,079.465</b>	<b>39,801.295</b>	<b>301,917.156</b>	

Q: Sozialhilfestatistik 2010; -1) Kostenbeiträge bzw. -ersätze der LeistungsbezieherInnen und ihrer unterhaltspflichtigen Angehörigen sowie allfällige sonstige Einnahmen (z.B. Verwaltungsstrafen, Rückersätze), jedoch ohne Finanzierungsbeiträge von Seiten der Gemeinden und des Bundes; -2) Für die Sozialen Dienste keine Einnahmen ausgewiesen, weil diese direkt bei den Leistungsanbietern vereinbart werden; -3) Einnahmen für Soziale Dienste und Sonstige sind in den Einnahmen für die Allgemeine Sozialhilfe inkludiert; -4) Einnahmen im Bereich Altenwohn- und Pflegeheime sind in den Einnahmen für die Allgemeine Sozialhilfe enthalten; -5) Seit dem Berichtsjahr 2009 übermittelung gerundeter Zahlen durch den Fonds Soziales Wien.



## Statistik der Bedarfsorientierten Mindestsicherung der Bundesländer 2011<sup>1</sup>

### Zusammenfassung:

Die Bedarfsorientierte Mindestsicherung (BMS) wird durch pauschalierte Geldleistungen zur **Sicherung des Lebensunterhaltes und des Wohnbedarfes** außerhalb von stationären Einrichtungen einerseits und die erforderlichen Leistungen im Fall der **Krankheit, Schwangerschaft und Entbindung** andererseits gewährleistet. Die Höhe der Geldleistung orientiert sich am Ausgleichszulagerrichtsatz in der Pensionsversicherung, abzüglich des Beitrages zur gesetzlichen Krankenversicherung. 2011 lag dieser Wert für Alleinstehende und Alleinerziehende bei 752,94 EUR.

Im Berichtsjahr bezogen insgesamt 193.276 Personen bzw. 119.928 Bedarfsgemeinschaften eine BMS-Geldleistung der Bundesländer. Mit rund 60% lebte der Großteil der BMS-BezieherInnen in Wien (111.721 Personen bzw. 72.208 Bedarfsgemeinschaften). Frauen waren in allen Bundesländern in stärkerem Ausmaß auf die Mindestsicherung angewiesen als Männer. Insgesamt lag der Anteil der Frauen an den BMS-BezieherInnen bei 40% (77.872 Personen), während auf die Männer 33% (63.988) und auf die Kinder knapp 27% (51.416) entfielen. Die meisten BMS-BezieherInnen sind **Alleinstehende**. 63% der Bedarfsgemeinschaften (75.793) bzw. 39% der Personen (75.916) zählten 2011 zu dieser Unterstützengruppe. Die zweitgrößte Gruppe unter den BMS-BezieherInnen sind auf Ebene der Bedarfsgemeinschaften die **Alleinerziehenden** (19.639 bzw. 16%) bzw. auf Personenebene die **Paare mit Kindern** (55.636 bzw. 29%).

Bei 61% der BMS-BezieherInnen betrug die **Bezugsdauer** im Berichtsjahr 7 bis 12 Monate, bei 23% (Bedarfsgemeinschaften) bzw. 22% (Personen) war sie maximal nur 3 Monate lang.

Die **Ausgaben** der Bundesländer für die BMS-Geldleistungen betrugen im Jahr 2011 insgesamt 439,1 Mio. EUR. Analog zu den BezieherInnen entfiel auch der Großteil der Ausgaben auf Wien (288,0 Mio. EUR).

2011 wurden für insgesamt 48.541 Personen **Krankenversicherungsbeiträge** aus Mindestsicherungsmitteln der Bundesländer geleistet. Die Ausgaben dafür lagen bei insgesamt 22,4 Mio. EUR.

<sup>1</sup> Der vorliegende Bericht basiert auf der Beauftragung durch das Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz, GZ: BMASK-45201/0013-IV/2/2012, 23.05.2012.

## 1. Vorbemerkung

Da es in der gegenständlichen Statistik um die Bedarfsorientierte Mindestsicherung (BMS) der Bundesländer geht, wird vorweg auf die wichtigsten diesbezüglichen Bestimmungen der zugrundeliegenden Bund-Länder-Vereinbarung (2.) und auf einige relevante Aspekte ihrer Umsetzung in den Bundesländern (3.) eingegangen. Das Statistik-Kapitel (4.) stellt in der Folge die allgemeinen und spezifischen Vorgaben für die Datenerfassung und Statistikerstellung dar (4.1.) und führt insbesondere aus, wieweit diese in der Erhebung für das Berichtsjahr 2011 erstmals umgesetzt werden konnten (4.1.1.). Daran anschließend werden die statistischen Ergebnisse zu den BMS-Geldleistungen (4.1.2., 4.1.3.) und zur BMS-Krankenhilfe (4.2.) präsentiert.

## 2. Bund-Länder-Vereinbarung

Die „*Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art. 15a B-VG über eine bundesweite Bedarfsorientierte Mindestsicherung*“<sup>2</sup> trat am 1. Dezember 2010 in Kraft. Die zentralen Zielsetzungen der BMS sind die verstärkte Bekämpfung und Vermeidung von Armut und sozialer Auschließung sowie die Förderung einer dauerhaften (Wieder-)Eingliederung ihrer BezieherInnen in das Erwerbsleben. Die BMS wird durch *pauschalierte Geldleistungen* zur Sicherung des Lebensunterhaltes und des Wohnbedarfes außerhalb von stationären Einrichtungen einerseits und die erforderlichen Leistungen im Fall der Krankheit, Schwangerschaft und Entbindung andererseits gewährleistet. Zum *Lebensunterhalt* zählen der regelmäßig wiederkehrende Aufwand für Nahrung, Bekleidung, Körperpflege, Hausrat, Heizung und Strom sowie andere persönliche Bedürfnisse wie die angemessene soziale und kulturelle Teilhabe. Der *Wohnbedarf* umfasst den regelmäßig wiederkehrenden Aufwand für Miete, allgemeine Betriebskosten und Abgaben. Zum *Schutz bei Krankheit, Schwangerschaft und Entbindung* gehören alle Sachleistungen und Vergünstigungen, die BezieherInnen einer Ausgleichszulage in der gesetzlichen Krankenversicherung zukommen.

*Rechtsansprüche* auf BMS-Leistungen haben im Bedarfsfall alle Personen, die zu einem dauernden Aufenthalt im Inland berechtigt sind. Das sind neben österreichischen StaatsbürgerInnen und ihren Familienangehörigen Asylberechtigte und subsidiär Schutzberechtigte, EU-/EWR-BürgerInnen, Schweizer StaatsbürgerInnen und deren Familienangehörige sowie Personen mit einem spezifischen Aufenthaltstitel („Daueraufenthalt-EG“, „Daueraufenthalt-Familienangehörige“) und Personen mit einem Niederlassungsnachweis oder einer unbefristeten Niederlassungsbewilligung.

<sup>2</sup> BGBI. I Nr. 96/2010. Die im Folgenden angeführten Bestimmungen sind dieser Vereinbarung entnommen.

Sofern die von der BMS erfassten Bedarfslagen nicht durch Leistungen auf Bundesebene<sup>3</sup> gedeckt werden können, sind die *Länder* im Rahmen ihrer subsidiären Zuständigkeit dazu verpflichtet. Was den Schutz bei Krankheit, Schwangerschaft und Entbindung betrifft, werden die Beiträge für die in die gesetzliche Krankenversicherung einbezogenen BMS-BezieherInnen übernommen. Zur Deckung des Lebensunterhaltes und des angemessenen Wohnbedarfs haben die Länder monatliche Geldleistungen als Mindeststandards zu gewährleisten.

*Ausgangswert* dafür ist der aus dem Ausgleichszulagenrichtsatz für Alleinstehende abzüglich des Krankenversicherungsbeitrages resultierende Nettobetrag. Er lag im Jahr 2011 bei 752,94 EUR. Die Bund-Länder-Vereinbarung legt fest, dass dieser Ausgangswert für Alleinstehende und AlleinerzieherInnen gilt, und dass die *Mindeststandards* für andere Personen bestimmte Prozentsätze dieses Ausgangswertes betragen: 75% (564,71 EUR) für volljährige Personen, die mit anderen volljährigen Personen im gemeinsamen Haushalt leben; 50% (376,47 EUR) ab der dritten leistungsberechtigten volljährigen Person, wenn diese gegenüber einer anderen Person im gemeinsamen Haushalt unterhaltsberechtigt ist; 18% (135,53 EUR) für die ersten drei minderjährigen Kinder, für die ein Anspruch auf Familienbeihilfe besteht und die mit zumindest einem Volljährigen im gemeinsamen Haushalt leben; 15% (112,94 EUR) ab dem viertältesten Kind. Gemäß Bund-Länder-Vereinbarung ist der Mindeststandard in der BMS 12 Mal pro Jahr zu gewährleisten; Sonderzahlungen wie in der Ausgleichszulage, die 14 Mal ausbezahlt wird, sind damit nicht vorgesehen.

In den Mindeststandards ist einen Grundbetrag zur Deckung des Wohnbedarfs im Ausmaß von 25% (188,24 EUR) enthalten. Wenn mit diesem *Wohnkostenanteil* der angemessene Wohnbedarf nicht vollständig gedeckt werden kann, sollen die Länder zusätzliche Leistungen gewährleisten.<sup>4</sup>

Im Hinblick auf die Umsetzung der BMS gilt grundsätzlich, dass weitergehendere Leistungen erbracht oder günstigere Bedingungen eingeräumt werden können. Das zum Zeitpunkt des Abschlusses der Bund-Länder-Vereinbarung bestehende haushaltsbezogene Leistungsniveau darf durch die Einführung der BMS jedenfalls nicht verschlechtert werden (*Verschlechterungsverbot*).

<sup>3</sup> Die Verpflichtungen des Bundes im Rahmen der BMS erstrecken sich auf die Ausgleichszulage (gesetzliche Pensionsversicherung) und vergleichbare Leistungen sowie auf Leistungen der Arbeitslosenversicherung bzw. des Arbeitsmarktservice und der gesetzlichen Krankenversicherung.

<sup>4</sup> Für Sonderbedarfe, welche durch die pauschalierten Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes und des Wohnbedarfs nicht gedeckt sind, können die Länder überdies zusätzliche Geld- oder Sachleistungen vorsehen.

### 3. Länder-Regelungen

Die Umsetzung der BMS in den Bundesländern setzte Anfang September 2010 ein, als die ersten *Mindestsicherungsgesetze* (Burgenland, Niederösterreich, Salzburg, Wien) in Kraft traten, und war ein Jahr später mit dem Inkrafttreten des letzten Landesgesetzes (Oberösterreich) Anfang Oktober 2011 abgeschlossen. In sechs Bundesländern (Burgenland, Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Steiermark und Wien) blieben die Mindestsicherungsgesetze auf die Neuregelung der „offenen“ Sozialhilfe beschränkt und die adaptierten Sozialhilfegesetze weiter in Geltung; in den restlichen Ländern (Kärnten<sup>5</sup>, Tirol und Vorarlberg) wurden hingegen die BMS-Bestimmungen mit den anderen Leistungsbereichen der Sozialhilfe (stationäre Pflege, mobile Dienste) in den Mindestsicherungsgesetzen zusammengeführt und die Sozialhilfegesetze außer Kraft gesetzt. Auf Basis der neuen gesetzlichen Grundlagen haben alle Bundesländer *Mindeststandard-* bzw. *Mindestsicherungsverordnungen* erlassen, mittels derer vor allem die Höhe der Geldleistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes und des Wohnbedarfes, aber auch allfälliger sonstiger Leistungen festgelegt werden.

Die Umsetzung der Mindeststandards weist eine Reihe von *bundesländerspezifischen Besonderheiten* auf, wovon im Folgenden die wichtigsten angeführt sind<sup>6</sup>:

- Um Verschlechterungen gegenüber der Sozialhilfe zu vermeiden, gelten in Oberösterreich höhere Mindeststandards<sup>7</sup> als die in der Bund-Länder-Vereinbarung festgelegten. Bei (wegen ihres Alters, Gesundheitszustandes oder ihrer familiären Situation) dauerunterstützten Personen sind diese Mindeststandards für einen Übergangszeitraum noch etwas höher. In Wien erhalten Personen, die das Regelpensionsalter erreicht haben oder vorübergehend bzw. dauerhaft als arbeitsunfähig eingestuft sind, via Sonderzahlung ebenfalls höhere monatliche Leistungen. Sonderzahlungen gibt es auch in Tirol sowie - beschränkt auf Minderjährige - in Salzburg und in der Steiermark, während in den restlichen Bundesländern (Burgenland, Kärnten, Nieder- und Oberösterreich, Vorarlberg) entsprechend der Bund-Länder-Vereinbarung keine Sonderzahlungen gewährt werden.

---

<sup>5</sup> Das Kärntner Mindestsicherungsgesetz existierte bereits vor Abschluß der Bund-Länder-Vereinbarung, die Adaptierung an die neue BMS erfolgte in Form einer Novellierung dieses Gesetzes.

<sup>6</sup> Vgl. Die Armutskonferenz (Hg.): Monitoring „Bedarfsorientierte Mindestsicherung“. Analyse und Vergleich der Länderbestimmungen zur Bedarfsorientierten Mindestsicherung (BMS) 2011. Zusammenfassung der zentralen Ergebnisse der Matrix, Stand: Mai 2012, S. 16-23.

<sup>7</sup> So betrug z.B. der Mindeststandard für alleinstehende und alleinerziehende Personen im Jahr 2011 821,50 EUR (gegenüber den 752,94 EUR gemäß Bund-Länder-Vereinbarung).

- Im Burgenland und in Wien wird nicht nur Alleinerziehenden mit minderjährigen Kinder, sondern auch solchen mit volljährigen, unterhaltsberechtigten Kindern 100% des Ausgangswertes zuerkannt. Des Weiteren erhalten in Wien noch folgende Personen 100% des Ausgangswertes: Personen, die nicht unterhalts-, aber obsorgeberechtigt sind und mit diesen Minderjährigen im gemeinsamen Haushalt leben (werden als Alleinerziehende gewertet); volljährige, nicht mehr unterhaltsberechtigte Kinder, die mit ihren Eltern im selben Haushalt leben (werden nicht zur Bedarfsgemeinschaft gerechnet); minder- oder volljährige Personen mit erheblicher Behinderung; Personen, die in einer Wohngemeinschaft leben und nicht miteinander wirtschaften. Letztere erhalten auch in Tirol 100% des Ausgangswertes.
- Mit Ausnahme von Kärnten gewähren alle Bundesländer höhere Mindeststandards für minderjährige Kinder als dies in der Bund-Länder-Vereinbarung vorgesehen ist: Wien für alle Kinder 27% (ab 1.3.2011, vorher: 18%); Tirol für alle Kinder 24,75% (für den Lebensunterhalt plus Leistung für das Wohnen); Oberösterreich für die ersten drei Kinder 25,1% und für alle weiteren 24,4%; Niederösterreich für alle Kinder 23%, Vorarlberg für alle Kinder 21,85%; Salzburg für alle Kinder 21%; Steiermark für die ersten vier Kinder 19% und für alle weiteren 23%; Burgenland für alle Kinder 19,2% (jeweils bezogen auf den Ausgangswert).
- Tirol und Vorarlberg gehen für den Lebensunterhalt von den 75% des Netto-Ausgleichszulagenrichtsatzes aus und sehen für den Wohnbedarf insofern eine großzügigere Regelung als den 25%igen Wohnkostenanteil vor, als die tatsächlichen Wohnkosten übernommen werden, soweit sie sich im Rahmen der höchstzulässigen Wohnkosten bewegen.
- In den anderen Bundesländern gelten beim Wohnbedarf folgende Regelungen: In Wien und der Steiermark gibt es einen Rechtsanspruch auf zusätzliche Leistungen für das Wohnen. Salzburg sieht, ohne Rechtsanspruch, ebenfalls zusätzliche Leistungen vor und berücksichtigt dabei wie die Steiermark regional unterschiedliche Wohnkosten. Hingegen kennen das Burgenland, Kärnten sowie Nieder- und Oberösterreich keine zusätzlichen Leistungen zur Deckung des Wohnbedarfs im Rahmen der BMS.<sup>8</sup>

---

<sup>8</sup> Im Hinblick darauf, welche Leistungen für das Wohnen BMS-BezieherInnen zuerkannt bekommen, müssen auch noch die Regelungen zu den Wohnbeihilfen im Rahmen der Wohnbauförderungssysteme der Länder berücksichtigt werden.

#### 4. Statistik

Gemäß Bund-Länder-Vereinbarung sind die Länder auch verpflichtet, dem Bund statistische Daten zu den BezieherInnen von BMS-Leistungen zur Verfügung zu stellen.<sup>9</sup> Die näheren Vorgaben für die zu übermittelnden Daten finden sich in der *Anlage „Statistik“* zu dieser Vereinbarung<sup>10</sup>, der zufolge „bundesländerweit vergleichbare, zuverlässige und aktuelle Daten zu der Anzahl und Haushaltsstruktur, der Einkunftsarten der BezieherInnen, der Bezugsdauer, der Höhe der geleisteten Unterstützung sowie den Ausgaben der Bedarfsorientierten Mindestsicherung (BMS)“ erstellt werden sollen.

Die Statistik-Anlage setzt sich aus einem Tabellenraster für die Erhebungsmerkmale und einem Glossarium mit Begriffsdefinitionen und Erläuterungen zusammen. Von den insgesamt acht Tabellen besteht für viereinhalb eine *Verpflichtung* zur Datenlieferung, während zu den restlichen dreieinhalb Tabellen die Länder die Angaben *optional* zur Verfügung stellen können. Erstere beziehen sich ausschließlich auf das Berichtsjahr insgesamt, letztere mit einer Ausnahme auf den Berichtsmonat Oktober. Gemäß festgelegtem *Zeitplan* sind die Daten von den Ländern bis zum 15. Juli des dem Berichtsjahr folgenden Jahres an das Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konkurrenzschutz sowie an die Statistik Austria zu übermitteln; die darauf basierende zusammenfassende Darstellung ist bis 15. September des Folgejahres zu erstellen.

Die in der Statistik-Anlage vorgesehene erstmalige Übermittlung der Daten für das Berichtsjahr 2010 kam infolge der erst ab September 2010 einsetzenden Implementation der BMS in den Bundesländern nicht zustande. Die vorliegende BMS-Statistik der Länder für das *Berichtsjahr 2011* ist daher die erste Zusammenstellung dieser Art.<sup>11</sup> *Oberösterreich* meldete, obgleich die BMS erst mit Anfang Oktober 2011 eingeführt wurde, die Daten für das gesamte Berichtsjahr. Im Fall der *Steiermark* beziehen sich die Daten auf den Zeitraum seit Einführung der BMS in diesem Bundesland, d.h. das gemeldete Berichtsjahr umfasst hier die Zeit vom 1. März bis 31. Dezember 2011.

---

<sup>9</sup> Der Bund hat seinerseits eine jährliche Gesamtstatistik für Maßnahmen der BMS zu erstellen, in der diese Daten Eingang finden.

<sup>10</sup> Die Statistik-Anlage ist im BGBl. I Nr. 96/2010 selbst nicht veröffentlicht. In den Landesgesetzblättern erfolgten Kundmachungen bzw. Verlautbarungen der Bund-Länder-Vereinbarung ist sie mehrheitlich enthalten (die Kundmachungen in Oberösterreich und Vorarlberg führen die Statistik-Anlage ebenfalls nicht an).

<sup>11</sup> Die Datenübermittlungen erfolgten in den Monaten Juni und Juli 2012 (vier Länder meldeten nach dem 15. Juli). Die Aufarbeitung der Datenmeldungen wurde Anfang Oktober abgeschlossen.

Die verpflichtend zu übermittelnden Daten sind in den Tabellen 1 bis 9<sup>12</sup> des Anhangs enthalten, die optionalen Daten in den dortigen Tabellen 10 bis 17 zu finden. Letztere wurden, je nach Tabelle, von 4 bis 7 Bundesländern zur Verfügung gestellt<sup>13</sup>; Österreich-Summen sind hier nicht gebildet worden. Grundlage der folgenden Präsentation der Ergebnisse sind die Daten des verpflichtenden Tabellenrasters, die fast vollständig vorliegen.<sup>14</sup> Die textliche Darstellung enthält zudem einige Übersichtstabellen und Grafiken.

#### 4.1. Geldleistungen

In der BMS-Statistik der Bundesländer werden die Geldleistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes und des Wohnbedarfes<sup>15</sup> außerhalb von stationären Einrichtungen erfasst. Demnach sind Krankenhilfe- und Pflegeleistungen, Leistungen aus dem Titel der Hilfe zur Erziehung und Erwerbsbefähigung sowie der ausschließliche Bezug von Taschengeldern und von Hilfen in besonderen Lebenslagen hier nicht inkludiert.

##### 4.1.1. Erhebungsmerkmale

Die BMS-GeldleistungsbezieherInnen werden als Zahl der unterstützten Personen und als Zahl der unterstützten Bedarfsgemeinschaften erhoben. Angehörige einer *Bedarfsgemeinschaft* sind jene Personen, für die gemeinsam BMS-Leistungen gewährt werden. Wenn in einer Haushalts- bzw. Wohngemeinschaft mehrere Personen aufgrund fehlender gegenseitiger Unterhaltsverpflichtungen eine eigenständige BMS-Leistung beziehen, zählen diese in der Statistik als mehrere Bedarfsgemeinschaften.

Bedarfsgemeinschaften und Personen sowie die Ausgaben für die BMS-Geldleistungen werden nach den folgenden *fünf Kategorien* erfasst: Alleinstehende, Paare ohne Kinder, Alleinerziehende, Paare mit Kindern und Andere. Bei den Alleinstehenden und Paaren ohne Kinder wird nach einer

---

<sup>12</sup> Die Daten der Tabelle 8 wurden nicht von den Bundesländern übermittelt, sondern im Nachhinein aus den Daten der Tabellen 1 und 7 errechnet.

<sup>13</sup> Keine optionalen Daten wurden vom Burgenland und von Niederösterreich zur Verfügung gestellt.

<sup>14</sup> Fehlende Angaben gibt es in Tabelle 6 betreffend die durchschnittliche Bezugsdauer (Kärnten, Niederösterreich, Steiermark) und in Tabelle 7 betreffend die Aufgliederung der Ausgaben nach den Unterstütztenkategorien (Salzburg). Die fehlenden Angaben zur Bezugsdauer von 20 und mehr Monaten in den letzten 24 Monaten wurde nicht als solche gewertet, weil es sich hier um ein Erhebungsmerkmal handelt, das für die BMS genaugenommen noch nicht angewendet werden muss (hier gab es daher auch die nicht unzutreffende Meldung 0).

<sup>15</sup> Ohne die im Rahmen der Wohnbauförderung gewährte Wohnbeihilfe.

Altersgrenze (< 60/65 Jahre, ≥ 60/65 Jahre)<sup>16</sup>, bei den Alleinerziehenden und Paaren mit Kindern nach der Zahl der Kinder (1 Kind, 2 Kinder, 3 Kinder, 4 oder mehr Kinder) unterschieden.

Zu den *Alleinstehenden* zählen die unterstützten Einpersonenhaushalte und die unterstützten Personen in einem Mehrpersonenhaushalt ohne Unterhaltsansprüche. *Alleinerziehende* werden auch dann als solche (und nicht als Alleinstehende) erfasst, wenn ihre Kinder keine Unterstützung erhalten, weil z.B. die Unterhaltszahlungen über den für sie relevanten BMS-Mindeststandards liegen. Bei den Kindern sollen laut Statistik-Glossarium möglichst nur die BMS-unterstützten angegeben werden. Gemäß diesen Definitionsvorgaben sind *Kinder* (ausschließlich) Minderjährige, die mit zumindest einer erwachsenen Person im gemeinsamen Haushalt leben und für die Familienbeihilfe bezogen wird. Volljährige Personen mit Familienbeihilfenanspruch (erwachsene „Kinder“) zählen zu Frauen oder Männern.

Wie die Erhebung für das Berichtsjahr 2011 gezeigt hat, sind die vorliegenden statistischen Daten zu den BMS-Geldleistungen aufgrund von Abweichungen zu den Vorgaben bzw. unterschiedlich erfolgten Zuordnungen nicht über alle Bundesländer hinweg durchgängig vergleichbar:

- Da das Mindestsicherungsgesetz in *Kärnten* Bedarfsgemeinschaften als solche nicht kennt (jede Person hat ihren eigenen Anspruch), wurden stattdessen Haushalte erfasst. Des Weiteren sind unterstützte Personen in einem Mehrpersonenhaushalt ohne Unterhaltsansprüche nicht bei den Alleinstehenden, sondern unter Andere zu finden.
- *Oberösterreich* geht ebenfalls aufgrund seines Mindestsicherungsgesetzes von Haftungsgemeinschaften aus und meldete infolgedessen relativ hohe Werte unter der Kategorie Andere. Wie in Kärnten sind unterstützte Personen in einem Mehrpersonenhaushalt ohne Unterhaltsansprüche nicht bei den Alleinstehenden, sondern unter Andere erfasst. Zudem wurden familienbeihilfenbeziehende volljährige Personen zu den Kindern (und nicht zu Frauen/Männern) gezählt.<sup>17</sup>
- Da in *Salzburg* die Zuordnung der nicht (mit-)unterstützten Kinder derzeit nicht möglich ist, kam es in diesen Fällen zu Fehlklassifikationen. Das heißt z.B., dass eine alleinerziehende Person mit einem wegen des Unterhalts nicht BMS-unterstützten Kind de facto als Allein-

---

<sup>16</sup> Die Altersgrenze < und ≥ 60 Jahre betrifft die Frauen, die Altersgrenze < und ≥ 65 Jahre die Männer. Überschreitet bei Paaren einer der beiden die jeweilige Altersgrenze, fällt die Bedarfsgemeinschaft in die Kategorie ≥ 60/65.

<sup>17</sup> 2011 waren dies durchschnittlich 20 bis 30 Personen.

stehende oder dass ein Paar mit einem solchen Kind bei den Paaren ohne Kinder erfasst wurde.

- Wie in Oberösterreich sind auch in den Daten für die *Steiermark* familienbeihilfen-beziehende volljährige Personen nicht bei den Frauen/Männern, sondern bei den Kindern erfasst. Die Anzahl der Kinder inkludiert auch nicht (BMS-)unterstützte Kinder. Die Kategorie Andere ist aufgrund von Fehlklassifikationen überhöht.
- *Tirol* weist ebenfalls überdurchschnittlich hohe Werte für Andere aus. In diesem Bundesland ist das zum Teil darauf zurückzuführen, dass nicht eindeutig identifizierbare Fälle dieser Kategorie zugeordnet wurden.
- In den Daten für *Vorarlberg* sind auch jene Personen miterfasst, die aufgrund ihres Einkommens rechnerisch keinen Anspruch haben, jedoch nur geringfügig über dem BMS-Niveau liegen. Das trifft überwiegend auf Kinder zu, deren Einkünfte (meist Unterhaltszahlungen) die Summe aus Mindestsicherungssatz und Anteil am Wohnungsaufwand etwas übersteigen.<sup>18</sup>

#### 4.1.2. BezieherInnen

2011 bezogen **insgesamt** 193.276 Personen bzw. 119.928 Bedarfsgemeinschaften eine BMS-Geldleistung der Bundesländer (siehe die Tabellen 1 und 2 im Anhang sowie die folgende Übersicht). Mit rund 60% lebte der Großteil der BMS-BezieherInnen in **Wien**; in der Bundeshauptstadt wurden 111.721 Personen (57,8%) bzw. 72.208 Bedarfsgemeinschaften (60,2%) im Rahmen der Mindestsicherung unterstützt.<sup>19</sup> Auf die restlichen Bundesländer entfielen jeweils weniger als 10% der BezieherInnen von BMS-Geldleistungen.

<sup>18</sup> Die Größenordnung wird auf rd. 5% der Kinder geschätzt.

<sup>19</sup> Im Unterschied dazu enthält die von Wien veröffentlichte Gesamtzahl von 129.020 Personen (75.156 Bedarfsgemeinschaften) auch nicht unterstützte Kinder und die BezieherInnen von Hilfe in besonderen Lebenslagen. Der dieser Gesamtzahl entsprechende Vergleichswert lag 2010 bei 106.675 unterstützten Personen.

<b>BezieherInnen von BMS-Geldleistungen nach Bundesländern im Jahr 2011</b>				
Bundesland	Personen		Bedarfsgemeinschaften	
	Anzahl	Prozentanteil	Anzahl	Prozentanteil
Wien	111.721	57,8	72.208	60,2
Niederösterreich	16.552	8,6	10.348	8,6
Steiermark <sup>1)</sup>	15.384	8,0	7.429	6,2
Tirol	12.280	6,4	8.013	6,7
Salzburg	11.214	5,8	6.855	5,7
Oberösterreich	11.043	5,7	6.294	5,2
Vorarlberg	8.174	4,2	3.789	3,2
Kärnten	4.394	2,3	3.493	2,9
Burgenland	2.514	1,3	1.499	1,2
<b>Insgesamt</b>	<b>193.276</b>	<b>100,0</b>	<b>119.928</b>	<b>100,0</b>

Q: Statistik der Bedarfsorientierten Mindestsicherung der Bundesländer 2011. – 1) Ab Einführung der Mindestsicherung (1.3.2011).

**Frauen** waren in allen Bundesländern in stärkerem Ausmaß auf die Mindestsicherung angewiesen als Männer. Insgesamt lag der Anteil der Frauen an den BMS-BezieherInnen bei 40% (77.872 Personen), während auf die Männer 33% (63.988) und auf die Kinder knapp 27% (51.416) entfielen (siehe die Tabellen 3 bis 5 im Anhang sowie die folgende Übersicht). Was die überdurchschnittlich hohen Kinder-Anteile in einzelnen Bundesländern (Oberösterreich, Steiermark und Vorarlberg) betrifft, sind die oben erwähnten Klassifikationsabweichungen mit zu berücksichtigen.

<b>BMS-unterstützte Personen nach Bundesländern im Jahr 2011</b>				
Bundesland	Anzahl	Davon entfallen auf ... (in Prozent)		
		Frauen	Männer	Kinder
Wien	111.721	41,5	35,3	23,2
Niederösterreich	16.552	42,2	30,5	27,3
Steiermark <sup>1)2)3)</sup>	15.384	35,0	26,1	38,9
Tirol	12.280	40,9	34,9	24,3
Salzburg	11.214	38,0	32,3	29,7
Oberösterreich <sup>2)</sup>	11.043	38,5	24,5	37,0
Vorarlberg <sup>3)</sup>	8.174	34,3	28,7	36,9
Kärnten	4.394	42,3	38,6	19,1
Burgenland	2.514	39,4	33,3	27,2
<b>Insgesamt</b>	<b>193.276</b>	<b>40,3</b>	<b>33,1</b>	<b>26,6</b>

Q: Statistik der Bedarfsorientierten Mindestsicherung der Bundesländer 2011. – 1) Ab Einführung der Mindestsicherung (1.3.2011). – 2) Frauen und Männer inkl. familienbeihilfenbeziehende volljährige Kinder. – 3) Inkl. nicht unterstützte Kinder.

Die meisten BMS-BezieherInnen sind **Alleinstehende**. 63% der Bedarfsgemeinschaften (75.793) bzw. 39% der Personen (75.916)<sup>20</sup> zählten 2011 zu dieser Unterstützengruppe (siehe die Tabellen 1 bis 5 im Anhang sowie die folgende Übersicht). Die Dominanz der Alleinstehenden ist bei den männlichen Leistungsbeziehern (63%) deutlich stärker ausgeprägt als bei den Frauen (46%). Innerhalb der Alleinstehenden sind mit einem Anteil von 83% vor allem die unter 60/65-Jährigen auf BMS-Leistungen angewiesen, während auf die Personen im Regelpensionsalter (60/65-Jährige und Ältere) ein vergleichsweise geringer Anteil (17%) entfällt. In der Gruppe der BMS-BezieherInnen im Pensionsalter ist der Frauen-Anteil (27% bzw. 9.705 Personen) wesentlich höher als jener der Männer (7% bzw. 2.987 Personen).

Die zweitgrößte Gruppe unter den BMS-BezieherInnen sind auf Ebene der Bedarfsgemeinschaften die **Alleinerziehenden** (19.639 bzw. 16%) bzw. auf Personenebene die **Paare mit Kindern** (55.636 bzw. 29%)<sup>21</sup>. Alleinerziehende stellen unter den weiblichen Leistungsbeziehern (nach den Alleinstehenden) die zweitgrößte Gruppe (24%), während sie bei den Männern nur von geringer Bedeutung (3%) sind. Auf die Paare entfällt ein höherer Kinder-Anteil (54%) als auf die Alleinerziehenden (42%). Bei den Alleinerziehenden bilden jene mit 1 Kind die größte Gruppe (Bedarfsgemeinschaf-

<sup>20</sup> Dass bei den Alleinstehenden die Zahl der Personen höher ist als die Zahl der Bedarfsgemeinschaften, hängt mit Unschärfen in der Datenerfassung (Kärnten, Oberösterreich) bzw. mit der auch hier erfolgten Zuordnung von volljährigen Kindern mit Familienbeihilfenanspruch (Wien) zusammen.

<sup>21</sup> Zu den Paaren zählen Ehepaare und Lebensgemeinschaften im gemeinsamen Haushalt.

ten: 53%, Personen: 40%), während es bei den Paaren mit Kindern jene mit 2 Kindern (28% der Bedarfsgemeinschaften) bzw. mit 4 oder mehr Kindern (32% der Personen) sind.

BezieherInnen von BMS-Geldleistungen nach Kategorien im Jahr 2011					
Kategorie	Bedarfs- gemeinschaften	Personen	Davon entfallen auf ...		
			Frauen	Männer	Kinder
<b>Alleinstehende<sup>1)</sup></b>					
Anzahl	75.793	75.916	35.883	40.033	.
Prozentanteil von Insgesamt <sup>2)</sup>	63,2	39,3	46,1	62,6	.
Prozentanteil ≥ 60/65-Jährige <sup>3)</sup>	16,7	16,7	27,0	7,5	.
Prozentanteil < 60/65-Jährige <sup>3)</sup>	83,3	83,3	73,0	92,5	.
<b>Paare ohne Kinder</b>					
Anzahl	6.087	11.694	5.850	5.844	.
Prozentanteil von Insgesamt <sup>2)</sup>	5,1	6,1	7,5	9,1	.
Prozentanteil ≥ 60/65-Jährige <sup>3)</sup>	24,3	23,2	25,0	21,4	.
Prozentanteil < 60/65-Jährige <sup>3)</sup>	75,7	76,8	75,0	78,6	.
<b>Alleinerziehende</b>					
Anzahl	19.639	42.124	18.848	1.665	21.611
Prozentanteil von Insgesamt <sup>2)</sup>	16,4	21,8	24,2	2,6	42,0
Prozentanteil 1 Kind <sup>3)</sup>	52,7	39,7	52,4	50,8	27,8
Prozentanteil 2 Kinder <sup>3)</sup>	30,1	31,6	30,3	27,7	33,0
Prozentanteil 3 Kinder <sup>3)</sup>	11,8	17,2	11,9	13,1	22,2
Prozentanteil 4 oder mehr Kinder <sup>3)</sup>	5,5	11,5	5,5	8,4	17,0
<b>Paare mit Kindern</b>					
Anzahl	13.885	55.636	13.713	13.995	27.928
Prozentanteil von Insgesamt <sup>2)</sup>	11,6	28,8	17,6	21,9	54,3
Prozentanteil 1 Kind <sup>3)</sup>	25,7	17,0	25,5	25,6	8,6
Prozentanteil 2 Kinder <sup>3)</sup>	28,4	24,5	28,4	28,5	20,6
Prozentanteil 3 Kinder <sup>3)</sup>	23,8	26,1	23,9	23,9	28,3
Prozentanteil 4 oder mehr Kinder <sup>3)</sup>	22,0	32,3	22,2	22,0	42,4
<b>Andere</b>					
Anzahl	4.524	7.906	3.578	2.451	1.877
Prozentanteil von Insgesamt <sup>2)</sup>	3,8	4,1	4,6	3,8	3,7
<b>Insgesamt</b>					
Anzahl	119.928	193.276	77.872	63.988	51.416
Prozentanteil	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Q: Statistik der Bedarfsoorientierten Mindestsicherung der Bundesländer 2011. – 1) Die höhere Anzahl bei den Personen (gegenüber den Bedarfsgemeinschaften) ist auf Unschärfe in der Datenerfassung (Kärnten, Oberösterreich) bzw. die auch hier erfolgte Zuordnung von volljährigen Kindern mit Familienbeihilfenanspruch (Wien) zurückzuführen. – 2) Prozentanteil der Anzahl der jeweiligen Kategorie bezogen auf Insgesamt. – 3) Prozentanteil der Anzahl der jeweiligen Subkategorie bezogen auf die Kategorie insgesamt (z.B. Anteil der ≥ 60/65-Jährigen an den Alleinstehenden insgesamt).

Die Dominanz der Alleinstehenden unter den BMS-BezieherInnen ist in allen **Bundesländern** zu beobachten (siehe die folgende Übersicht). Überdurchschnittlich hoch sind deren Anteile im Bur-

genland, in Kärnten (nur auf Ebene der Personen), Niederösterreich, Salzburg und in Wien. Unter durchschnittliche Werte weisen jene Bundesländer auf, die aus den oben angeführten Gründen (siehe unter 4.1.1.) relativ hohe Angaben in der Kategorie Andere gemacht haben (Kärnten, Oberösterreich, Steiermark und Tirol).

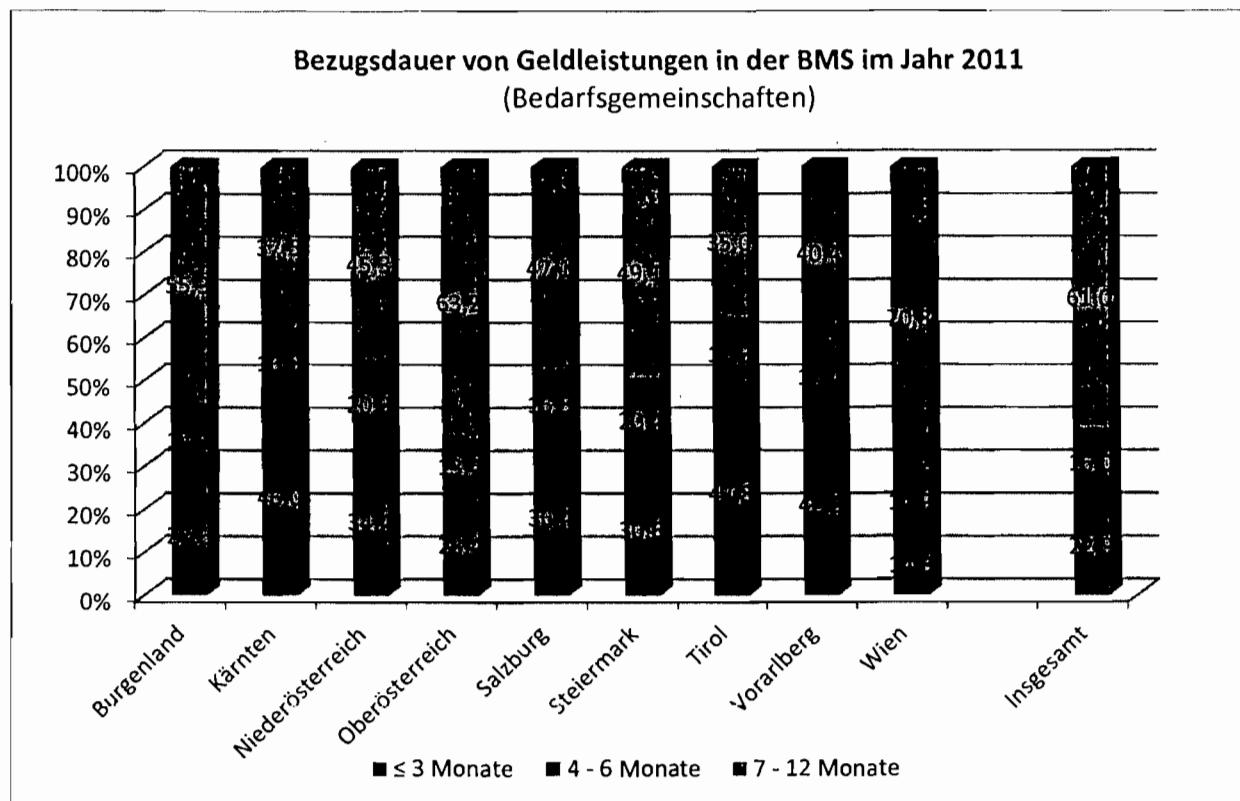
Prozentanteile der Unterstützengruppen nach Bundesländern im Jahr 2011						
Bundesland	Allein-stehende	Paare ohne Kinder	Allein-erziehende	Paare mit Kindern	Andere	Insgesamt
Bedarfsgemeinschaften						
Burgenland	69,3	6,7	12,7	11,3	0,0	100,0
Kärnten	56,8	5,8	16,5	10,0	11,0	100,0
Niederösterreich	69,6	4,3	11,9	9,2	5,0	100,0
Oberösterreich	40,7	6,1	13,7	12,2	27,3	100,0
Salzburg	68,4	4,1	17,8	9,0	0,7	100,0
Steiermark <sup>1)</sup>	55,7	4,8	20,7	12,8	6,0	100,0
Tirol	47,7	5,4	21,8	8,8	16,3	100,0
Vorarlberg	51,6	5,2	25,1	15,3	2,9	100,0
Wien	67,0	5,1	15,7	12,2	0,0	100,0
<b>Insgesamt</b>	<b>63,2</b>	<b>5,1</b>	<b>16,4</b>	<b>11,6</b>	<b>3,8</b>	<b>100,0</b>
Personen						
Burgenland	41,3	8,0	20,5	30,2	0,0	100,0
Kärnten	45,3	5,4	17,3	20,7	11,4	100,0
Niederösterreich	43,5	5,4	18,5	25,9	6,7	100,0
Oberösterreich	23,2	5,5	21,8	28,6	21,0	100,0
Salzburg	41,8	5,0	28,0	24,1	1,1	100,0
Steiermark <sup>1)</sup>	26,9	4,7	28,1	30,2	10,2	100,0
Tirol	31,1	7,0	22,3	24,4	15,1	100,0
Vorarlberg	23,9	4,8	33,7	32,1	5,4	100,0
Wien	43,4	6,5	20,1	30,0	0,0	100,0
<b>Insgesamt</b>	<b>39,3</b>	<b>6,1</b>	<b>21,8</b>	<b>28,8</b>	<b>4,1</b>	<b>100,0</b>

Q: Statistik der Bedarfsorientierten Mindestsicherung der Bundesländer 2011. – 1) Ab Einführung der Mindestsicherung (1.3.2011).

Der Großteil der in der BMS unterstützten Bedarfsgemeinschaften bzw. Personen stand 2011 länger als 6 Monate im Bezug einer Geldleistung. Bei 61% der BMS-BezieherInnen betrug die **Bezugsdauer** 7 bis 12 Monate<sup>22</sup>, bei 23% (Bedarfsgemeinschaften) bzw. 22% (Personen) war sie maximal

<sup>22</sup> Eine Bezugsdauer von länger als 6 aber kürzer als 7 volle Monate zählt zur Kategorie 7 - 12 Monate. Analoges gilt für die beiden anderen hier erfassten Kategorien der Bezugsdauer. Mehrere unterbrochene Bezüge während des Jahres wurden zusammengezählt.

3 Monate lang (der Rest von 16% bzw. 17% hatte eine Bezugsdauer von 4 bis 6 Monaten) (siehe Tabelle 6 im Anhang). Die Unterschiede zwischen den Bundesländern sind beträchtlich (siehe die folgende Grafik): Während in Wien mehr als zwei Drittel (71% der Bedarfsgemeinschaften, 70% der Personen) länger als 6 Monate im Leistungsbezug standen, waren es in Kärnten und Tirol nur zwischen 35 und 37 Prozent.



Dementsprechend lag die durchschnittliche Bezugsdauer während des Berichtsjahres in Wien mit 8,8 Monaten (Bedarfsgemeinschaften; 8,7 Monaten bei den Personen) deutlich über jener in Tirol (5,1 bzw. 5,3 Monate) und Kärnten<sup>23</sup> sowie den anderen Bundesländern (siehe Tabelle 6 im Anhang)<sup>24</sup>. Wien hat im Vergleich zu den Bundesländern, für die ebenfalls entsprechende Daten vorliegen, auch einen hohen Anteil an BezieherInnen, deren Bezugsdauer 20 und mehr Monate in den

<sup>23</sup> Für Kärnten liegt kein Wert für das Bundesland insgesamt vor. Für die Bezirke (Bezirkshauptmannschaften) betrug die durchschnittliche Dauer 5,3 Monate, für die Städte Klagenfurt und Villach 4,8 bzw. 6,7 Monate (jeweils auf Ebene der Bedarfsgemeinschaften).

<sup>24</sup> Ebenfalls keinen Wert für das gesamte Bundesland, sondern Teilwerte übermittelten Niederösterreich und die Steiermark (auf Ebene der Bedarfsgemeinschaften). In Niederösterreich betrug die durchschnittliche Bezugsdauer für die Bezirke (Bezirkshauptmannschaften) 6,2 Monate sowie für die Städte St. Pölten 8,0 Monate und Krems 7,2 Monate (keine Angaben für die Städte Wiener Neustadt, Waidhofen/Ybbs). In der Steiermark lag die durchschnittliche Bezugsdauer für das Land ohne die Stadt Graz bei 5,0 Monaten und für Graz bei 6,2 Monaten.

letzten 2 Jahren<sup>25</sup> betrug. Das waren in Wien 47% der Bedarfsgemeinschaften (40% der Personen) gegenüber 13 bis 17 Prozent in Vorarlberg und Tirol bzw. 21 bis 25 Prozent in Oberösterreich und Salzburg.

#### 4.1.3. Ausgaben

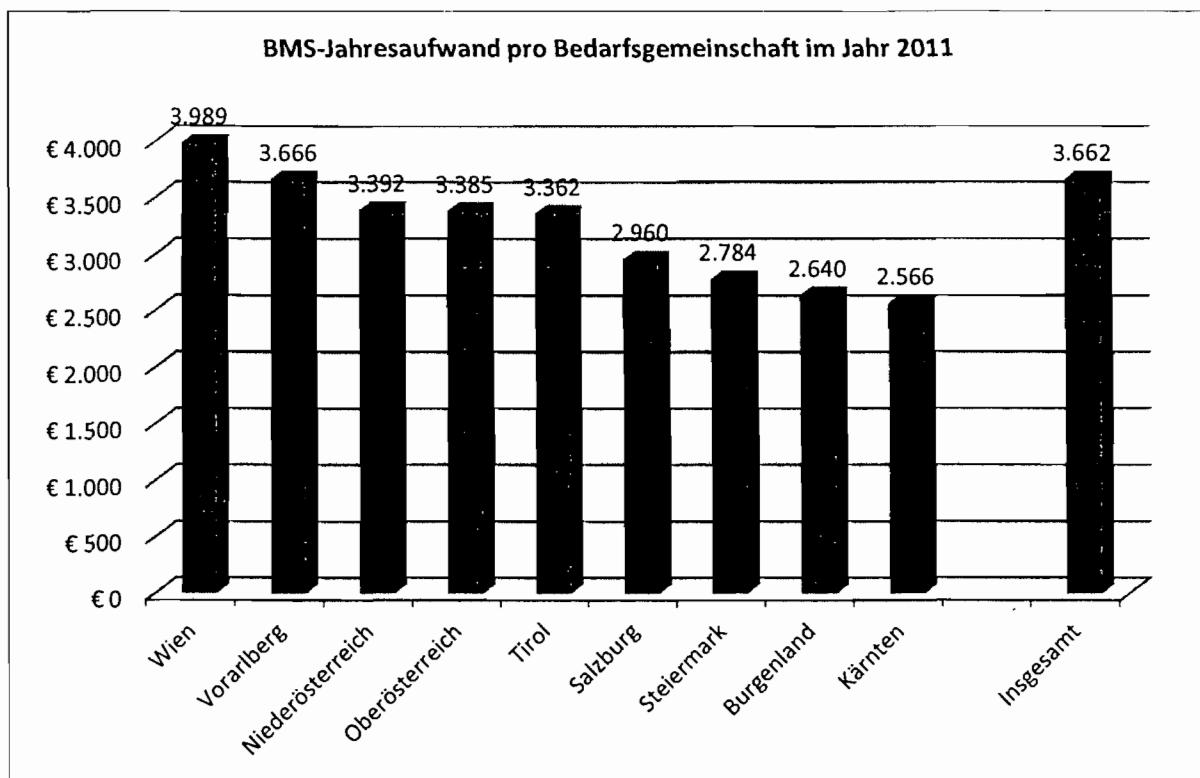
Die Ausgaben<sup>26</sup> der Bundesländer für die BMS-Geldleistungen betrugen im Jahr 2011 **insgesamt** 439,1 Mio. EUR (siehe Tabelle 7 im Anhang). Analog zu den BezieherInnen entfiel auch der Großteil der Ausgaben auf **Wien**. Mit knapp zwei Dritteln (288,0 Mio. EUR) war er etwas höher als der Anteil bei den LeistungsempfängerInnen. Die Aufgliederung nach den **Unterstützenkategorien** stellt sich ohne Berücksichtigung von Salzburg, das dafür keine Daten zur Verfügung stellen konnte, wie folgt dar: 60% der Ausgaben gingen an Alleinstehende, 17% wurden für Alleinerziehende und 15% für Paare mit Kindern ausgegeben. Der Rest entfiel auf Paare ohne Kinder (5%) und Andere (4%).

Die Bundesländer gaben für die BMS-Geldleistungen **pro Bedarfsgemeinschaft** im Jahr 2011 durchschnittlich 3.662 EUR aus (siehe Tabelle 8 im Anhang). Die Betrachtung nach den Bundesländern zeigt (siehe die folgende Grafik), dass Wien mit 3.989 EUR den höchsten Jahresaufwand je Bedarfsgemeinschaft hatte<sup>27</sup>, gefolgt von Vorarlberg mit Ausgaben in der Höhe des Durchschnittswertes und einer Gruppe von Bundesländern (Nieder- und Oberösterreich, Tirol) mit einem Aufwand von rd. 3.400 EUR. Am niedrigsten waren die Ausgaben mit 2.566 EUR in Kärnten und 2.640 EUR im Burgenland.

<sup>25</sup> Dieses Erhebungsmerkmal, das im Berichtsjahr 2011 auch noch die Zeit der Sozialhilfe inkludiert, haben fünf Bundesländer gemeldet.

<sup>26</sup> In den hier präsentierten Ausgaben sind (allfällige) Rückflüsse aus Kostenersätzen nicht berücksichtigt.

<sup>27</sup> Als Gründe dafür sind unter anderem der höhere Mindeststandard für minderjährige Kinder, die Gewährung von Sonderzahlungen und die längere durchschnittliche Bezugsdauer zu nennen.



#### 4.2. Krankenhilfe

2011 wurden für insgesamt 48.541 Personen Krankenversicherungsbeiträge aus Mindestsicherungsmitteln der Bundesländer geleistet (siehe Tabelle 9 im Anhang). Diese Gruppe der in den Schutz der gesetzlichen Krankenversicherung einbezogenen Personen setzt sich aus 41% Frauen, 39% Männern und 20% Kindern zusammen. Die Ausgaben für die KV-Beiträge lagen bei insgesamt 22,4 Mio. EUR. Für sonstige Krankenhilfeleistungen (z.B. Selbstbehalte) fielen weitere 2,2 Mio. EUR an, so dass die Ausgaben der Bundesländer für die Krankenhilfe insgesamt bei 24,5 Mio. EUR lagen. Der Wien-Anteil betrug bei den Personen 53% und bei den Ausgaben insgesamt 50%.

*Kurt Pratscher  
Direktion Bevölkerung  
Soziales und Lebensbedingungen*

*Bearbeitungsstand:  
10. Oktober 2012*

## Tabellen-Anhang

### **- Verpflichtend**

- Tabelle 1: BezieherInnen von Geldleistungen in der Bedarfsorientierten Mindestsicherung im Jahr 2011 - Zahl der unterstützten Bedarfsgemeinschaften  
Tabelle 2: BezieherInnen von Geldleistungen in der Bedarfsorientierten Mindestsicherung im Jahr 2011 - Zahl der unterstützten Personen  
Tabelle 3: Bezieher von Geldleistungen in der Bedarfsorientierten Mindestsicherung im Jahr 2011 - Zahl der unterstützten Männer  
Tabelle 4: BezieherInnen von Geldleistungen in der Bedarfsorientierten Mindestsicherung im Jahr 2011 - Zahl der unterstützten Frauen  
Tabelle 5: BezieherInnen von Geldleistungen in der Bedarfsorientierten Mindestsicherung im Jahr 2011 - Zahl der unterstützten Kinder  
Tabelle 6: Bezugsdauer von Geldleistungen in der Bedarfsorientierten Mindestsicherung im Jahr 2011 - Unterstützte Bedarfsgemeinschaften  
Tabelle 7: Ausgaben für Geldleistungen in der Bedarfsorientierten Mindestsicherung im Jahr 2011 - Jahresaufwand  
Tabelle 8: Ausgaben für Geldleistungen pro Bedarfsgemeinschaft in der Bedarfsorientierten Mindestsicherung 2011 - Jahresaufwand  
Tabelle 9: Krankenversicherungsbeiträge und sonstige Krankenhilfe in der Bedarfsorientierten Mindestsicherung im Jahr 2011 - Unterstützte Personen und Ausgaben

### **- Optional**

- Tabelle 10: BezieherInnen von Geldleistungen in der Bedarfsorientierten Mindestsicherung im Oktober 2011 - Zahl der unterstützten Bedarfsgemeinschaften  
Tabelle 11: BezieherInnen von Geldleistungen in der Bedarfsorientierten Mindestsicherung im Oktober 2011 - Zahl der unterstützten Personen  
Tabelle 12: Bezieher von Geldleistungen in der Bedarfsorientierten Mindestsicherung im Oktober 2011 - Zahl der unterstützten Männer  
Tabelle 13: BezieherInnen von Geldleistungen in der Bedarfsorientierten Mindestsicherung im Oktober 2011 - Zahl der unterstützten Frauen  
Tabelle 14: BezieherInnen von Geldleistungen in der Bedarfsorientierten Mindestsicherung im Oktober 2011 - Zahl der unterstützten Kinder  
Tabelle 15: Ausgaben für Geldleistungen in der Bedarfsorientierten Mindestsicherung im Oktober 2011 - Durchschnittliche Leistung  
Tabelle 16: BezieherInnen von Geldleistungen in der Bedarfsorientierten Mindestsicherung im Oktober 2011 nach Einkunftsarten (16- bis 60/65-Jährige)  
Tabelle 17: Ausgaben für Geldleistungen in der Bedarfsorientierten Mindestsicherung nach Einkunftsarten 2011 (16- bis 60/65-Jährige)

Tabelle 1: BezieherInnen von Geldleistungen in der Bedarfsorientierten Mindestsicherung im Jahr 2011 - Zahl der unterstützten Bedarfsgemeinschaften

Kategorien	Ostereich	Burgenland	Kärnten	Niederösterreich	Oberösterreich	Salzburg	Steiermark	Tirol	Vorarlberg	Wien
<b>Alleinstehende insgesamt</b>	<b>75.793</b>	1.039	1.983	7.205	2.562	4.688	4.135	3.822	1.956	48.403
≥ 60/65 Jahre	12.691	45	209	592	940	1.081	516	286	141	8.881
< 60/65 Jahre	63.102	994	1.774	6.613	1.622	3.607	3.619	3.536	1.815	39.522
<b>Paare ohne Kinder insgesamt</b>	<b>6.087</b>	100	201	449	381	281	359	432	196	3.688
≥ 60/65 Jahre	1.480	7	34	50	175	100	42	82	47	943
< 60/65 Jahre	4.607	93	167	399	206	181	317	350	149	2.745
<b>Alleinerziehende insgesamt</b>	<b>19.639</b>	191	576	1.230	863	1.217	1.535	1.749	950	11.328
1 Kind	10.341	103	322	650	459	746	765	1.047	423	5.826
2 Kinder	5.905	49	160	353	233	325	454	510	323	3.498
3 Kinder	2.320	33	64	152	114	109	207	154	121	1.366
4 oder mehr Kinder	1.073	6	30	75	57	37	109	38	83	638
<b>Paare mit Kindern insgesamt</b>	<b>13.885</b>	169	350	949	771	620	952	706	579	8.789
1 Kind	3.575	48	105	241	173	190	198	233	164	2.223
2 Kinder	3.950	47	90	280	182	195	220	218	154	2.564
3 Kinder	3.300	38	91	225	175	135	223	139	130	2.144
4 oder mehr Kinder	3.060	36	64	203	241	100	311	116	131	1.858
<b>Andere</b>	<b>4.524</b>	0	383	515	1.717	49	448	1.304	108	0
<b>Bedarfsgemeinschaften insgesamt</b>	<b>19.928</b>	14.499	14.933	<b>10.349</b>	6.294	6.855	7.429	8.013	3.789	17.208

Q: Statistik der Bedarfsorientierten Mindestsicherung der Bundesländer 2011. - 1) Ab Einführung der Mindestsicherung (1.3.2011).

Tabelle 2: BezieherInnen von Geldleistungen in der Bedarfsorientierten Mindestsicherung im Jahr 2011 - Zahl der unterstützten Personen

Kategorie	Ostereich <sup>1)</sup>	Burgenland	Kärnten	Niederösterreich	Oberösterreich	Salzburg	Steiermark	Tirol	Vorarlberg	Wien
<b>Alleinstehende insgesamt<sup>2)</sup></b>	<b>75.916</b>	<b>1.039</b>	<b>1.989</b>	<b>7.206</b>	<b>2.563</b>	<b>4.688</b>	<b>4.137</b>	<b>3.822</b>	<b>1.956</b>	<b>48.516</b>
≥ 60/65 Jahre	12.692	45	209	592	941	1.081	516	286	141	8.881
< 60/65 Jahre	63.224	994	1.780	6.614	1.622	3.607	3.621	3.536	1.815	39.635
<b>Paare ohne Kinder insgesamt</b>	<b>11.694</b>	<b>200</b>	<b>236</b>	<b>887</b>	<b>604</b>	<b>562</b>	<b>718</b>	<b>864</b>	<b>392</b>	<b>7.231</b>
≥ 60/65 Jahre	2.718	14	39	100	212	200	82	164	94	1.813
< 60/65 Jahre	8.976	186	197	787	392	362	636	700	298	5.418
<b>Alleinerziehende insgesamt</b>	<b>42.124</b>	<b>516</b>	<b>762</b>	<b>3.059</b>	<b>2.403</b>	<b>3.138</b>	<b>4.319</b>	<b>2.738</b>	<b>12.756</b>	<b>22.433</b>
1 Kind	16.717	206	380	1.197	963	1.521	1.529	1.435	846	8.640
2 Kinder	13.312	147	211	923	704	977	1.362	834	969	7.185
3 Kinder	7.260	132	99	537	441	441	829	325	484	3.972
4 oder mehr Kinder	4.835	31	72	402	295	199	599	144	457	2.636
<b>Paare mit Kindern insgesamt</b>	<b>55.636</b>	<b>759</b>	<b>908</b>	<b>4.295</b>	<b>3.153</b>	<b>2.708</b>	<b>4.645</b>	<b>3.000</b>	<b>2.527</b>	<b>33.541</b>
1 Kind	9.485	144	184	720	424	575	592	699	492	5.655
2 Kinder	13.636	188	190	1.116	624	788	880	872	616	8.362
3 Kinder	14.532	190	263	1.119	874	681	1.113	695	650	8.947
4 oder mehr Kinder	17.983	237	271	1.340	1.231	664	2.060	734	869	10.577
<b>Andere</b>	<b>7.906</b>	<b>0</b>	<b>499</b>	<b>1.105</b>	<b>2.320</b>	<b>118</b>	<b>1.565</b>	<b>1.856</b>	<b>443</b>	<b>0</b>
<b>Personen insgesamt</b>	<b>193.276</b>	<b>2.514</b>	<b>4.394</b>	<b>16.552</b>	<b>11.043</b>	<b>11.210</b>	<b>15.384</b>	<b>12.280</b>	<b>8.174</b>	<b>111.721</b>

Q: Statistik der Bedarfsorientierten Mindestsicherung der Bundesländer 2011. - 1) Ab Einführung der Mindestsicherung (1.3.2011). - 2) Dass die Zahl der Alleinstehenden in der Österreich-Summe höher als jene auf Ebene der Bedarfsgemeinschaften (Tabelle 1) ist, hängt mit Unschärfen in der Datenerfassung (Kärnten, Oberösterreich) bzw. mit der auch hier erfolgten Zuordnung von volljährigen Kindern mit Familienbeihilfanspruch (Wien) zusammen.

Tabelle 3: Bezieher von Geldleistungen in der Bedarfsorientierten Mindestsicherung im Jahr 2011 - Zahl der unterstützten Männer

Kategorien	Osttirol	Burgenland	Kärnten	Niederösterreich	Oberösterreich	Salzburg	Steiermark	Tirol	Vorarlberg	Wien
<b>Alleinstehende insgesamt</b>	<b>40.033</b>	<b>526</b>	<b>1.167</b>	<b>3.264</b>	<b>1.222</b>	<b>2.601</b>	<b>2.158</b>	<b>2.404</b>	<b>1.174</b>	<b>25.517</b>
≥ 60/65 Jahre	2.987	13	57	147	388	448	118	78	40	1.698
< 60/65 Jahre	37.046	513	1.110	3.117	834	2.153	2.040	2.326	1.134	23.819
<b>Paare ohne Kinder insgesamt</b>	<b>5.844</b>	<b>99</b>	<b>111</b>	<b>443</b>	<b>300</b>	<b>283</b>	<b>355</b>	<b>413</b>	<b>196</b>	<b>3.644</b>
≥ 60/65 Jahre	1.253	7	19	50	101	101	32	77	47	819
< 60/65 Jahre	4.591	92	92	393	199	182	323	336	149	2.825
<b>Alleinerziehende insgesamt</b>	<b>1.665</b>	<b>25</b>	<b>31</b>	<b>71</b>	<b>25</b>	<b>63</b>	<b>75</b>	<b>60</b>	<b>134</b>	<b>1.180</b>
1 Kind	845	12	20	39	13	45	32	37	50	597
2 Kinder	462	8	8	16	8	7	26	18	33	338
3 Kinder	218	4	0	11	4	5	8	4	26	156
4 oder mehr Kinder	140	1	3	5	1	6	9	1	25	89
<b>Paare mit Kindern insgesamt</b>	<b>13.995</b>	<b>188</b>	<b>179</b>	<b>947</b>	<b>655</b>	<b>634</b>	<b>949</b>	<b>708</b>	<b>641</b>	<b>9.094</b>
1 Kind	3.578	51	56	240	145	195	199	224	180	2.288
2 Kinder	3.989	58	44	279	155	199	221	227	166	2.640
3 Kinder	3.346	41	38	225	170	138	221	142	143	2.228
4 oder mehr Kinder	3.082	38	41	203	185	102	308	115	152	1.938
<b>Andere</b>	<b>2.451</b>	<b>0</b>	<b>206</b>	<b>331</b>	<b>501</b>	<b>39</b>	<b>474</b>	<b>695</b>	<b>205</b>	<b>0</b>
<b>Männer insgesamt</b>	<b>63.988</b>	<b>838</b>	<b>1.594</b>	<b>5.055</b>	<b>2.709</b>	<b>3.620</b>	<b>4.015</b>	<b>4.280</b>	<b>2.350</b>	<b>39.435</b>

Q: Statistik der Bedarfsorientierten Mindestsicherung der Bundesländer 2011. - 1) inkl. familienbeihilfenbeziehende volljährige Kinder. - 2) Ab Einführung der Mindestsicherung (1.3.2011); inkl. familienbeihilfenbeziehende volljährige Kinder.

Tabelle 4: Bezieherinnen von Geldleistungen in der Bedarfsorientierten Mindestsicherung im Jahr 2011 - Zahl der unterstützten Frauen

Kategorien	Ostereich	Burgenland	Kärnten	Niederösterreich	Oberösterreich	Salzburg	Steiermark	Tirol	Vorarlberg	Wien
<b>Allinstehende insgesamt</b>	<b>35.883</b>	<b>513</b>	<b>822</b>	<b>3.942</b>	<b>1.341</b>	<b>2.087</b>	<b>1.979</b>	<b>1.418</b>	<b>782</b>	<b>22.999</b>
≥ 60/65 Jahre	9.705	32	152	445	553	633	398	208	101	7.183
< 60/65 Jahre	26.178	481	670	3.497	788	1.454	1.581	1.210	681	15.816
<b>Paare ohne Kinder insgesamt</b>	<b>5.850</b>	<b>101</b>	<b>125</b>	<b>444</b>	<b>304</b>	<b>279</b>	<b>363</b>	<b>451</b>	<b>196</b>	<b>3.587</b>
≥ 60/65 Jahre	1.465	7	20	50	111	99	50	87	47	994
< 60/65 Jahre	4.385	94	105	394	193	180	313	364	149	2.593
<b>Alleinerziehende insgesamt</b>	<b>18.848</b>	<b>193</b>	<b>494</b>	<b>1.161</b>	<b>789</b>	<b>1.191</b>	<b>1.461</b>	<b>1.689</b>	<b>972</b>	<b>10.898</b>
1 Kind	9.869	101	277	611	427	730	733	1.010	418	5.562
2 Kinder	5.715	52	136	337	208	320	428	492	336	3.406
3 Kinder	2.234	34	58	141	102	109	200	150	124	1.316
4 oder mehr Kinder	1.030	6	23	72	52	32	100	37	94	614
<b>Paare mit Kindern insgesamt</b>	<b>13.713</b>	<b>184</b>	<b>199</b>	<b>949</b>	<b>643</b>	<b>631</b>	<b>950</b>	<b>700</b>	<b>627</b>	<b>8.830</b>
1 Kind	3.500	50	68	242	141	190	197	242	173	2.197
2 Kinder	3.891	52	47	280	150	199	219	209	167	2.568
3 Kinder	3.276	42	48	224	166	138	223	136	143	2.156
4 oder mehr Kinder	3.046	40	36	203	186	104	311	113	144	1.909
<b>Andere</b>	<b>3.578</b>	<b>0</b>	<b>220</b>	<b>483</b>	<b>1.175</b>	<b>74</b>	<b>635</b>	<b>762</b>	<b>229</b>	<b>0</b>
<b>Frauen insgesamt</b>	<b>77.872</b>	<b>991</b>	<b>1.860</b>	<b>6.979</b>	<b>4.552</b>	<b>4.762</b>	<b>5.388</b>	<b>5.020</b>	<b>2.806</b>	<b>46.314</b>

Q: Statistik der Bedarfsorientierten Mindestsicherung der Bundesländer 2011. 1) Inkl. familienbeihilfenbeziehende volljährige Kinder. - 2) Ab Einführung der Mindestsicherung (1.3.2011); inkl. familienbeihilfenbeziehende volljährige Kinder.

**Tabelle 5: BezieherInnen von Geldleistungen in der Bedarfsorientierten Mindestsicherung im Jahr 2011 - Zahl der unterstützten Kinder**

Kategorien	Ostereich	Burgenland	Kärnten	Niederösterreich	Oberösterreich	Salzburg	Steiermark	Tirol	Vorarlberg	Wien
<b>Alleinerziehende insgesamt</b>	<b>21.611</b>	<b>298</b>	<b>237</b>	<b>1.827</b>	<b>1.588</b>	<b>1.884</b>	<b>2.783</b>	<b>989</b>	<b>1.650</b>	<b>10.355</b>
1 Kind	6.003	93	83	547	523	746	764	388	378	2.481
2 Kinder	7.135	87	67	570	488	650	908	324	600	3.441
3 Kinder	4.808	94	41	385	335	327	621	171	334	2.500
4 oder mehr Kinder	3.665	24	46	325	242	161	490	106	338	1.933
<b>Paare mit Kindern insgesamt</b>	<b>27.928</b>	<b>387</b>	<b>530</b>	<b>2.399</b>	<b>1.855</b>	<b>1.443</b>	<b>2.746</b>	<b>1.592</b>	<b>1.359</b>	<b>15.617</b>
1 Kind	2.407	43	60	238	138	190	196	233	139	1.170
2 Kinder	5.756	78	99	557	319	390	440	436	283	3.154
3 Kinder	7.910	107	177	670	538	405	669	417	364	4.563
4 oder mehr Kinder	11.855	159	194	934	860	458	1.441	506	573	6.730
<b>Andere</b>	<b>1.877</b>	<b>0</b>	<b>73</b>	<b>291</b>	<b>644</b>	<b>666</b>	<b>456</b>	<b>399</b>	<b>9</b>	<b>0</b>
<b>Kinder insgesamt</b>	<b>51.416</b>	<b>685</b>	<b>840</b>	<b>4.517</b>	<b>4.087</b>	<b>3.332</b>	<b>5.985</b>	<b>2.980</b>	<b>3.018</b>	<b>25.972</b>

Q: Statistik der Bedarfsorientierten Mindestsicherung der Bundesländer 2011. - 1) Ab Einführung der Mindestsicherung (1.3.2011); inkl. nicht unterstützte Kinder. - 2) Inkl. nicht unterstützte Kinder.

**Tabelle 6: Bezugsdauer von Geldleistungen in der Bedarfsorientierten Mindestsicherung im Jahr 2011**

Kategorien	Österreich	Burgenland	Kärnten	Niederösterreich	Oberösterreich	Salzburg	Steiermark	Tirol	Vorarlberg	Wien
	Unterstützte Bedarfsgemeinschaften									
Innerhalb des Berichtsjahres										
≤ 3 Monate	27.354	414	1.625	3.346	1.473	2.492	2.270	3.827	1.600	10.307
4 - 6 Monate	19.135	256	582	1.973	845	1.134	1.512	1.384	659	10.790
7 - 12 Monate	72.850	829	1.325	4.401	3.976	3.229	3.647	2.802	1.530	51.111
Bedarfsgemeinschaften insgesamt <sup>5)</sup>	119.339	1.499	3.532	9.720	6.294	6.855	7.429	8.013	3.789	72.208
Durchschnittliche Bezugsdauer in Monaten während des Jahres 2011	.	7,2	5,3	6,2	6,6	6,1	5,0	5,1	5,7	8,8
Bezugsdauer von 20 und mehr Monaten in den letzten 24 Monaten <sup>6)</sup>	.	.	.	.	1.360	1.723	.	1.237	503	34.015
Innerhalb des Berichtsjahres										
≤ 3 Monate	45.825	719	2.014	4.996	2.834	3.967	4.657	5.566	3.231	17.841
4 - 6 Monate	34.026	411	743	3.200	1.666	2.046	3.403	2.191	1.474	18.892
7 - 12 Monate	124.642	1.384	1.647	7.167	6.543	5.201	7.324	4.523	3.469	87.384
Personen insgesamt <sup>5)</sup>	204.493	2.514	4.404	15.363	11.043	11.214	15.384	12.280	8.174	124.117
Durchschnittliche Bezugsdauer während des Berichtsjahrs <sup>7)</sup>	.	7,2	.	.	6,3	6,1	.	5,3	5,7	8,7
Bezugsdauer von 20 und mehr Monaten in den letzten 24 Monaten <sup>6)</sup>	.	.	.	.	2.288	2.681	.	2.027	1.044	50.244

Q: Statistik der Bedarfsorientierten Mindestsicherung der Bundesländer 2011. - 1) Die Bedarfsgemeinschaften insgesamt und die Personen insgesamt weichen von den Angaben in den Tabellen 1 und 2 ab (unterschiedliche Angaben der Bezirksverwaltungsbehörden). Durchschnittliche Bezugsdauer: Wert für die Bezirkshauptmannschaften [für das gesamte Bundesland nicht verfügbar]. - 2) Die Bedarfsgemeinschaften insgesamt und die Personen insgesamt weichen von den Angaben in den Tabellen 1 und 2 ab (Tabelle 6 ohne die Magistraturen Wiener Neustadt und Waidhofen/Ybbs). Durchschnittliche Bezugsdauer: Wert für die Bezirkshauptmannschaften (für das gesamte Bundesland nicht verfügbar). - 3) Ab Einführung der Mindestsicherung (1.3.2011). Durchschnittliche Bezugsdauer: Wert ohne Stadt Graz. - 4) Die Personen insgesamt weichen von der Angabe in Tabelle 2 ab (Tabelle 6 inkl. nicht unterstützte Kinder). - 5) Die Gesamtzahl für Österreich weicht von der Österreich-Summe in den Tabellen 1 und 2 ab (siehe dazu die Fußnoten zu einzelnen Bundesländern). - 6) Burgenland, Kärnten, Niederösterreich und Steiermark: Angaben nicht verfügbar. - 7) Kärnten, Niederösterreich und Steiermark: Angaben nicht verfügbar.

Tabelle 7: Ausgaben für Geldleistungen in der Bedarfsorientierten Mindestsicherung im Jahr 2011 - Jahresaufwand

Kategorien	Ostereich	Burgenland	Kärnten	Niederösterreich	Oberösterreich	Salzburg	Steiermark	Tirol	Vorarlberg	Wien
<b>Alleinstehende insgesamt</b>	<b>249.584.637,52</b>	<b>2.487.954,51</b>	<b>5.477.945,28</b>	<b>22.801.091,54</b>	<b>8.142.064,62</b>		<b>11.700.234,99</b>	<b>11.161.498,14</b>	<b>5.885.002,93</b>	<b>181.928.845,51</b>
≥ 60/65 Jahre	39.085.202,47	202.740,36	1.118.532,25	3.251.243,34	3.912.074,25		2.247.294,91	1.141.854,06	677.050,00	26.534.413,30
< 60/65 Jahre	210.499.435,05	2.285.214,15	4.359.413,03	19.549.848,20	4.229.990,37		9.452.940,08	10.019.644,08	5.207.952,93	155.394.432,21
<b>Paare ohne Kinder insgesamt</b>	<b>19.375.142,93</b>	<b>250.368,01</b>	<b>428.763,48</b>	<b>1.719.072,07</b>	<b>970.560,09</b>		<b>1.958.473,99</b>	<b>1.167.502,19</b>	<b>589.506,59</b>	<b>13.290.896,51</b>
≥ 60/65 Jahre	5.855.991,30	34.197,21	92.482,27	328.514,33	504.673,16		229.001,96	259.997,91	199.537,31	4.207.587,15
< 60/65 Jahre	13.519.151,63	216.170,80	336.281,21	1.390.557,74	465.886,93		729.472,03	907.504,28	389.969,28	9.083.309,36
<b>Alleinerziehende insgesamt</b>	<b>70.468.041,65</b>	<b>568.717,44</b>	<b>1.160.978,93</b>	<b>4.289.480,02</b>	<b>2.400.457,67</b>		<b>3.351.809,25</b>	<b>7.806.387,45</b>	<b>3.980.885,65</b>	<b>46.909.325,24</b>
1 Kind	31.488.677,43	302.663,33	588.077,95	1.876.818,13	979.471,71		1.489.376,07	4.393.827,37	1.365.345,27	20.493.097,60
2 Kinder	21.176.331,67	119.049,79	309.123,12	1.288.805,85	611.080,11		962.121,27	2.323.562,32	1.248.702,86	14.313.886,35
3 Kinder	10.888.929,72	130.557,77	174.244,30	666.470,62	407.223,46		519.684,21	761.890,00	674.249,13	7.554.610,23
4 oder mehr Kinder	6.914.102,83	16.446,55	89.533,56	457.385,42	402.682,39		380.627,70	327.107,76	692.588,39	4.547.731,06
<b>Paare mit Kindern insgesamt</b>	<b>64.461.435,40</b>	<b>649.824,83</b>	<b>1.066.059,99</b>	<b>4.627.196,81</b>	<b>2.586.187,50</b>		<b>3.244.467,68</b>	<b>3.307.806,02</b>	<b>3.093.370,21</b>	<b>45.886.522,36</b>
1 Kind	10.125.397,31	119.793,34	223.907,85	720.599,13	429.525,84		448.726,82	674.209,72	443.591,19	7.065.043,42
2 Kinder	15.054.363,10	169.139,53	173.605,23	1.136.923,31	480.749,19		582.510,86	900.900,12	593.808,84	11.016.726,02
3 Kinder	16.926.225,15	159.706,87	284.552,87	1.192.830,35	662.565,52		747.294,17	692.272,50	785.714,11	12.401.288,76
4 oder mehr Kinder	22.355.449,84	201.185,09	383.994,04	1.576.844,02	1.013.346,95		1.465.935,83	1.040.423,68	1.270.256,07	15.403.464,16
<b>Andere</b>	<b>14.962.353,94</b>	<b>0,00</b>	<b>829.335,52</b>	<b>1.665.240,02</b>	<b>7.206.193,58</b>		<b>1.425.242,77</b>	<b>3.495.014,92</b>	<b>341.327,13</b>	<b>0,00</b>
<b>Jahresaufwand insgesamt</b>	<b>439.440.230,12</b>	<b>5.956.864,79</b>	<b>8.963.083,20</b>	<b>21.305.465,46</b>	<b>20.288.618,68</b>	<b>20.680.228,68</b>	<b>16.938.208,72</b>	<b>13.890.092,51</b>	<b>288.015.589,62</b>	

Q: Statistik der Bedarfsorientierten Mindestsicherung der Bundesländer 2011. - 1) Kategorien ohne Salzburg. - 2) Aufgliederung nach den Kategorien nicht verfügbar. - 3) Ab Einführung der Mindestsicherung (1.3.2011).

Tabelle 8: Ausgaben für Geldleistungen pro Bedarfsgemeinschaft in der Bedarfsorientierten Mindestsicherung 2011 - Jahresaufwand

Kategorien	Oesterreich	Burgenland	Kärnten	Niederösterreich	Oberösterreich	Salzburg <sup>1)</sup>	Steiermark <sup>2)</sup>	Tirol	Vorarlberg	Wien
<b>Alleinstehende insgesamt</b>	<b>3.510,09</b>	2.394,57	2.762,45	3.164,62	3.178,01		2.829,56	2.920,33	3.008,69	3.758,63
≥ 60/65 Jahre	3.366,51	4.505,34	5.351,83	5.491,97	4.161,78		4.355,22	3.992,50	4.801,77	2.987,77
< 60/65 Jahre	3.538,10	2.299,01	2.457,39	2.956,28	2.607,89		2.612,03	2.833,61	2.869,40	3.931,85
<b>Paare ohne Kinder insgesamt</b>	<b>3.337,09</b>	2.503,68	2.133,15	3.828,67	2.547,40		2.669,84	2.702,55	3.007,69	3.603,82
≥ 60/65 Jahre	4.243,47	4.885,32	2.720,07	6.570,29	2.883,85		5.452,43	3.170,71	4.245,47	4.461,92
< 60/65 Jahre	3.054,49	2.324,42	2.013,66	3.485,11	2.261,59		2.301,17	2.592,87	2.617,24	3.309,04
<b>Alleinerziehende insgesamt</b>	<b>3.825,21</b>	2.977,58	2.015,59	3.487,38	2.781,53		2.183,59	4.463,34	4.190,41	4.141,01
1 Kind	3.281,78	2.938,48	1.826,33	2.887,41	2.133,93		1.946,90	4.196,59	3.227,77	3.517,52
2 Kinder	3.795,04	2.429,59	1.932,02	3.651,01	2.622,66		2.119,21	4.556,00	3.865,95	4.092,02
3 Kinder	4.924,89	3.956,30	2.722,57	4.384,68	3.572,14		2.510,55	4.947,34	5.572,31	5.530,46
4 oder mehr Kinder	6.673,84	2.741,09	2.984,45	6.098,47	7.064,60		3.492,00	8.608,10	8.344,44	7.128,11
<b>Paare mit Kindern insgesamt</b>	<b>4.859,51</b>	3.845,12	3.045,89	4.875,87	3.354,33		3.408,05	4.685,28	5.342,61	5.220,90
1 Kind	2.991,25	2.495,69	2.132,46	2.990,04	2.482,81		2.266,30	2.893,60	2.704,82	3.178,16
2 Kinder	4.009,15	3.598,71	1.928,95	4.060,44	2.641,48		2.647,78	4.132,57	3.855,90	4.296,70
3 Kinder	5.347,94	4.202,81	3.126,95	5.301,47	3.786,09		3.351,09	4.980,38	6.043,95	5.784,18
4 oder mehr Kinder	7.552,52	5.588,47	5.999,91	7.767,70	4.204,76		4.713,62	8.969,17	9.696,61	8.290,35
<b>Andere</b>	<b>3.343,54</b>	0,00	2.165,37	3.233,48	4.196,97		3.181,35	2.680,23	3.160,44	0,00
<b>Jahresaufwand insgesamt</b>	<b>3.661,70</b>	2.639,67	2.566,01	3.392,16	3.385,04	2.959,68	2.783,72	3.619,11	3.665,90	3.988,69

Q: Statistik der Bedarfsorientierten Mindestsicherung der Bundesländer 2011. - 1) Kategorien ohne Salzburg. - 2) Aufgliederung nach den Kategorien nicht verfügbar. - 3) Ab Einführung der Mindestsicherung (1.3.2011).

Tabelle 9: Krankenversicherungsbeiträge und sonstige Krankenhilfe in der Bedarfsorientierten Mindestsicherung im Jahr 2011 - Unterstützte Personen und Ausgaben

Kategorien	Österreich	Burgenland	Kärnten	Niederösterreich	Oberösterreich	Salzburg	Steiermark <sup>1)</sup>	Tirol	Vorarlberg	Wien
<b>Krankenversicherungsbeiträge</b>										
<b>Unterstützte Personen insgesamt</b>	<b>48.541</b>	<b>739</b>	<b>1.568</b>	<b>5.635</b>	<b>2.672</b>	<b>2.597</b>	<b>3.921</b>	<b>2.733</b>	<b>3.149</b>	<b>25.527</b>
Männer	18.908	266	625	1.759	871	1.085	1.260	1.105	695	11.242
Frauen	20.084	309	635	2.538	1.229	917	1.656	1.074	936	10.790
Kinder	9.549	164	308	1.338	572	595	1.005	554	1.518	3.495
<b>Ausgaben</b>	<b>22.348.526,12</b>	<b>268.264,63</b>	<b>858.468,31</b>	<b>2.563.716,77</b>	<b>1.317.117,49</b>	<b>1.217.735,00</b>	<b>1.686.572,93</b>	<b>1.194.447,50</b>	<b>969.867,88</b>	<b>12.272.335,61</b>
<b>Ausgaben für sonstige Krankenhilfe</b>	<b>2.169.455,48</b>	<b>0,00</b>	<b>193.847,05</b>	<b>327.304,26</b>	<b>197.347,03</b>	<b>117.549,00</b>	<b>0,00</b>	<b>595.017,09</b>	<b>728.783,26</b>	<b>9.607,79</b>
<b>Ausgaben Krankenhilfe insgesamt</b>	<b>24.517.981,60</b>	<b>268.264,63</b>	<b>1.052.315,36</b>	<b>2.891.021,03</b>	<b>1.514.464,52</b>	<b>1.335.284,00</b>	<b>1.686.572,93</b>	<b>1.789.464,59</b>	<b>1.698.651,14</b>	<b>12.281.943,40</b>

Q: Statistik der Bedarfsorientierten Mindestsicherung der Bundesländer 2011. - 1) Ab Einführung der Mindestsicherung (1.3.2011).

Tabelle 10 (optional): BezieherInnen von Geldleistungen in der Bedarfsorientierten Mindestsicherung im Oktober 2011 - Zahl der unterstützten Bedarfsgemeinschaften

Kategorien	Ostereich	Burgenland	Kärnten	Niederösterreich	Oberösterreich	Salzburg	Steiermark	Tirol	Vorarlberg	Wien
<b>Alleinstehende insgesamt</b>	1.033	.	.	1.647	2.625	2.638	1.727	947	38.051	
≥ 60/65 Jahre	.	175	.	750	707	435	185	96	8.019	
< 60/65 Jahre	.	858	.	897	1.918	2.203	1.542	851	30.032	
<b>Paare ohne Kinder insgesamt</b>	88	.	245	144	212	185	84	84	2.596	
≥ 60/65 Jahre	.	19	.	136	60	36	38	28	772	
< 60/65 Jahre	.	69	.	109	84	176	147	56	1.824	
<b>Alleinerziehende insgesamt</b>	243	.	511	613	859	1.000	509	8.693		
1 Kind	.	128	.	255	388	427	599	222	4.326	
2 Kinder	.	66	.	142	156	251	295	162	2.738	
3 Kinder	.	33	.	73	52	116	87	67	1.118	
4 oder mehr Kinder	.	16	.	41	17	65	19	58	511	
<b>Paare mit Kindern insgesamt</b>	131	.	370	257	507	318	253	6.203		
1 Kind	.	46	.	91	68	82	90	58	1.359	
2 Kinder	.	29	.	83	76	113	93	61	1.740	
3 Kinder	.	28	.	96	58	122	73	59	1.603	
4 oder mehr Kinder	.	28	.	100	55	190	62	75	1.501	
<b>Andere</b>	187	.	874	48	250	425	48	0	0	
<b>Bedarfsgemeinschaften insgesamt</b>	1.682	.	3.647	3.647	4.466	3.655	1.841	555	543	

Q: Statistik der Bedarfsorientierten Mindestsicherung der Bundesländer 2011. - 1) Ab Einführung der Mindestsicherung (1.3.2011).

Tabelle 11 (optional): BezieherInnen von Geldleistungen in der Bedarfsorientierten Mindestsicherung im Oktober 2011 - Zahl der unterstützten Personen

Kategorien	Ostereich	Burgenland	Kärnten	Niederösterreich	Oberösterreich	Salzburg	Steiermark	Tirol	Vorarlberg	Wien
<b>Alleinstehende insgesamt</b>	<b>1.032</b>			<b>1.647</b>	<b>2.625</b>	<b>2.652</b>	<b>1.727</b>	<b>947</b>	<b>38.129</b>	
≥ 60/65 Jahre	175			750	707	441	185	96		8.019
< 60/65 Jahre	857			897	1.918	2.211	1.542	851		30.110
<b>Paare ohne Kinder insgesamt</b>	<b>105</b>			<b>380</b>	<b>288</b>	<b>424</b>	<b>370</b>	<b>158</b>	<b>5.183</b>	
≥ 60/65 Jahre	22			164	120	67	76	56		1.575
< 60/65 Jahre	83			216	168	357	294	112		3.608
<b>Alleinerziehende insgesamt</b>	<b>326</b>			<b>1.492</b>	<b>1.545</b>	<b>2.434</b>	<b>1.571</b>	<b>1.517</b>	<b>18.686</b>	
1 Kind	149			539	778	863	834	444		6.737
2 Kinder	84			437	469	753	471	486		6.026
3 Kinder	56			296	209	464	192	268		3.542
4 oder mehr Kinder	37			220	89	354	74	319		2.381
<b>Paare mit Kindern insgesamt</b>	<b>361</b>			<b>1.615</b>	<b>1.164</b>	<b>2.563</b>	<b>1.402</b>	<b>1.213</b>	<b>26.363</b>	
1 Kind	80			214	204	245	270	174		3.670
2 Kinder	65			270	305	452	372	244		6.116
3 Kinder	91			420	291	610	365	295		7.294
4 oder mehr Kinder	125			711	364	1.256	395	500		9.283
<b>Andere</b>	<b>242</b>			<b>1.197</b>	<b>16</b>	<b>900</b>	<b>627</b>	<b>199</b>	<b>0</b>	
<b>Personen insgesamt</b>	<b>2.066</b>			<b>6.331</b>	<b>5.638</b>	<b>8.973</b>	<b>5.697</b>	<b>104</b>	<b>88.361</b>	

Q: Statistik der Bedarfsorientierten Mindestsicherung der Bundesländer 2011. - 1) Ab Einführung der Mindestsicherung (1.3.2011).

Tabelle 12 (optional): Bezieher von Geldleistungen in der Bedarfsorientierten Mindestsicherung im Oktober 2011 - Zahl der unterstützten Männer

Kategorien	Österreich	Burgenland	Kärnten	Niederösterreich	Oberösterreich	Salzburg	Steiermark	Tirol	Vorarlberg	Wien
<b>Alleinstehende insgesamt</b>	561	745	1.364	1.337	1.039	535	19.449			
≥ 60/65 Jahre	47	297	288	97	58	25	1.487			
< 60/65 Jahre	514	448	1.076	1.240	981	510	17.962			
<b>Paare ohne Kinder insgesamt</b>	46	189	145	210	179	84	2.597			
≥ 60/65 Jahre	12	80	61	27	36	28	712			
< 60/65 Jahre	34	109	84	183	143	56	1.885			
<b>Alleinerziehende insgesamt</b>	10	19	20	47	31	64	824			
1 Kind	6	11	11	18	21	21	399			
2 Kinder	1	5	2	15	7	17	250			
3 Kinder	2	2	3	7	2	10	111			
4 oder mehr Kinder	1	1	4	7	1	16	64			
<b>Paare mit Kindern insgesamt</b>	67	309	260	3509	314	280	6.583			
1 Kind	23	70	69	83	86	62	1.428			
2 Kinder	12	65	77	114	94	66	1.837			
3 Kinder	14	84	58	122	72	65	1.699			
4 oder mehr Kinder	18	90	56	190	62	87	1.619			
<b>Andere</b>	97	231	6	255	219	83	0			
<b>Männer insgesamt</b>	781	1.493	1.795	2.358	1.752	1.046	29.453			

Q: Statistik der Bedarfsorientierten Mindestsicherung der Bundesländer 2011. - 1) Inkl. familienbeihilfenbeziehende volljährige Kinder. - 2) Ab Einführung der Mindestsicherung (1.3.2011); inkl. familienbeihilfenbeziehende volljährige Kinder.

Tabelle 13 (optional): Bezieherinnen von Geldleistungen in der Bedarfsorientierten Mindestsicherung im Oktober 2011 - Zahl der unterstützten Frauen

Kategorien	Ostereich	Burgenland	Kantenv.	Niederösterreich	Oberösterreich	Salzburg	Steiermark	Tirol	Vorarlberg	Wien
<b>Alleinstehende insgesamt</b>	471	.	.	902	1.261	1.315	688	412	18.680	
≥ 60/65 Jahre	.	128	.	453	419	344	127	71	6.532	
< 60/65 Jahre	.	343	.	449	842	971	561	341	12.148	
<b>Paare ohne Kinder insgesamt</b>	59	.	.	191	143	214	191	84	2.586	
≥ 60/65 Jahre	.	10	.	84	59	40	40	28	863	
< 60/65 Jahre	.	49	.	107	84	174	151	56	1.723	
<b>Alleinerziehende insgesamt</b>	220	.	.	492	597	813	969	529	8.663	
1 Kind	.	117	.	245	379	410	578	226	4.260	
2 Kinder	.	58	.	136	155	236	288	172	2.751	
3 Kinder	.	32	.	71	50	109	85	66	1.122	
4 oder mehr Kinder	.	13	.	40	13	58	18	65	530	
<b>Paare mit Kindern insgesamt</b>	75	.	.	319	257	505	322	267	6.482	
1 Kind	.	27	.	71	67	81	94	60	1.400	
2 Kinder	.	16	.	67	76	112	92	65	1.800	
3 Kinder	.	16	.	85	59	122	74	64	1.673	
4 oder mehr Kinder	.	16	.	96	55	190	62	78	1.609	
<b>Andere</b>	112	.	.	631	10	353	275	115	0	
<b>Frauen insgesamt</b>	937	.	.	2.535	2.268	3.200	2.445	1.407	36.411	

Q: Statistik der Bedarfsorientierten Mindestsicherung der Bundesländer 2011. - 1) Inkl. familienbeihilfenbeziehende volljährige Kinder. - 2) Ab Einführung der Mindestsicherung (1.3.2011); inkl. familienbeihilfenbeziehende volljährige Kinder.

Tabelle 14 (optional): BezieherInnen von Geldleistungen in der Bedarfsorientierten Mindestsicherung im Oktober 2011 - Zahl der unterstützten Kinder

Kategorien	Osterreich	Burgenland	Kärnten	Niederösterreich	Oberösterreich	Salzburg	Steiermark	Tirol	Vorarlberg	Wien
<b>Alleinerziehende insgesamt</b>	96	.	.	981	928	1.574	571	924	9.199	.
1 Kind	.	.	26	.	283	388	435	235	197	2.078
2 Kinder	.	.	25	.	296	312	502	176	297	3.025
3 Kinder	.	.	22	.	223	156	348	105	192	2.309
4 oder mehr Kinder	.	.	23	.	179	72	289	55	238	1.787
<b>Paare mit Kindern insgesamt</b>	219	.	.	987	647	1.549	766	666	13.298	.
1 Kind	.	.	30	.	73	68	81	90	52	842
2 Kinder	.	.	37	.	138	152	226	186	113	2.479
3 Kinder	.	.	61	.	251	174	366	219	166	3.922
4 oder mehr Kinder	.	.	91	.	525	253	876	271	335	6.055
<b>Andere</b>	33	.	.	335	10	292	133	1	0	.
<b>Kinder insgesamt</b>	348	.	.	2.303	1.575	3.415	1.470	1.591	22.497	.

Q: Statistik der Bedarfsorientierten Mindestsicherung der Bundesländer 2011. - 1) Ab Einführung der Mindestsicherung (1.3.2011); inkl. nicht unterstützte Kinder. - 2) Inkl. nicht unterstützte Kinder.

Tabelle 15 (optional): Ausgaben für Geldleistungen in der Bedarfsorientierten Mindestsicherung im Oktober 2011 - Durchschnittliche Leistung

Kategorien	Ostereich	Burgenland	Kärnten	Niederösterreich	Oberösterreich	Salzburg	Steiermark	Tirol	Vorarlberg	Wien
<b>Alleinstehende insgesamt</b>										
≥ 60/65 Jahre	319,16						565,94	579,21		266,89
< 60/65 Jahre	446,94						569,25	533,79		449,49
<b>Paare ohne Kinder insgesamt</b>										
≥ 60/65 Jahre	252,33						493,44	588,23		467,19
< 60/65 Jahre	404,62						536,34	574,06		451,11
<b>Alleinerziehende insgesamt</b>										
1 Kind	368,21						609,47	535,82		465,42
2 Kinder	437,83						664,04	615,44		522,73
3 Kinder	610,54						771,54	887,43		680,66
4 oder mehr Kinder	1.011,21						1.212,25	1.106,99		969,99
<b>Paare mit Kindern insgesamt</b>										
1 Kind	376,64						682,87	531,89		502,91
2 Kinder	430,15						932,42	744,29		635,96
3 Kinder	588,04						971,96	1.058,67		789,32
4 oder mehr Kinder	950,09						1.110,01	1.373,28		1.084,62
<b>Andere</b>	674,78						573,68	585,58		0,00
<b>Durchschnittliche Leistung insgesamt</b>	485,83						619,14	635,86		471,84

Q: Statistik der Bedarfsorientierten Mindestsicherung der Bundesländer 2011.

Tabelle 16 (optional): BezieherInnen von Geldleistungen in der Bedarfsorientierten Mindestsicherung im Oktober 2011 nach Einkunftsarten (16- bis 60/65-Jährige)

Kategorien	Ostereich	Burgenland	Kärnten	Niederösterreich	Oberösterreich	Salzburg	Steiermark	Tirol	Vorarlberg	Wien
<b>Bedarfsgemeinschaften insgesamt</b>	3.190	—	—	—	—	—	—	2.699	1.101	34.672
Erwerbseinkommen	461	—	—	—	—	—	—	1.130	280	4.949
AIV- oder sonstige AMS-Leistungen	—	—	—	1.412	—	—	—	904	600	22.295
Andere	—	—	—	1.317	—	—	—	665	221	7.428
<b>Männer insgesamt</b>	1.570	—	—	3.744	—	—	—	1.293	695	19.146
Erwerbseinkommen	209	—	—	234	—	—	—	501	160	3.327
AIV- oder sonstige AMS-Leistungen	—	—	—	759	312	—	—	507	429	12.157
Andere	—	—	—	602	518	—	—	285	106	3.662
<b>Frauen insgesamt</b>	2.312	—	—	1.340	—	—	—	1.957	912	19.861
Erwerbseinkommen	380	—	—	406	—	—	—	976	292	3.039
AIV- oder sonstige AMS-Leistungen	—	—	—	983	297	—	—	532	432	10.879
Andere	—	—	—	949	637	—	—	449	188	5.943

Q: Statistik der Bedarfsorientierten Mindestsicherung der Bundesländer 2011.

Tabelle 17 (optional): Ausgaben für Geldleistungen in der Bedarfsorientierten Mindestsicherung nach Einkunftsarten 2011 (16- bis 60/65-Jährige)

Kategorien	Oesterreich	Burgenland	Kärnten	Niederösterreich	Oberösterreich	Salzburg	Steiermark	Tirol	Vorarlberg	Wien
<b>Jahresaufwand insgesamt:</b>				<b>15.783.546,86</b>			<b>19.979.661,98</b>	<b>7.172.870,11</b>	<b>202.759.665,55</b>	
Erwerbseinkommen				2.360.524,00			11.930.847,27	2.129.941,45	29.981.866,00	
AIV- oder sonstige AMS-Leistungen				4.835.930,00			4.662.373,64	3.223.927,18	134.194.154,00	
Andere				8.585.383,00			3.384.177,76	1.816.839,57	38.581.824,00	
<b>Durchschnittliche Leistung im Oktober</b>				<b>431,10</b>			<b>572,60</b>	<b>510,55</b>	<b>433,55</b>	
<b>insgesamt:</b>				<b>394,14</b>			<b>618,76</b>	<b>578,93</b>	<b>547,00</b>	
Erwerbseinkommen				299,44			558,23	430,11	409,00	
AIV- oder sonstige AMS-Leistungen				585,18			513,72	642,32	432,00	
Andere										

Q: Statistik der Bedarfsorientierten Mindestsicherung der Bundesländer 2011.